

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1608.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Dienstag, den 23. Februar 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Betrachtungen über den Hamburger Streik.

I.

Man schreibt uns:
 Der „Vorwärts“ hat sofort, nachdem das Ende des großen Ausstandes von Hamburg aus gemeldet wurde, Stellung zu diesem Ereignis genommen und zwar in einer Form, mit der jeder Parteigenosse einverstanden sein muß.
 „Geschlagen, aber nicht besiegt“, das war das Urtheil des „Vorwärts“ über den Ausgang des großen Ausstandes und die gesammte deutsche Arbeiterschaft wird dieses Urtheil unterschreiben. Besiegt kann man eine Armee nur nennen, wenn sie das Selbstvertrauen verloren und nicht mehr den Muth hat, sich dem Gegner zu stellen, sondern vor ihm Reißaus nimmt. Daß diese Stimmung aber in der deutschen Arbeiterschaft jetzt Platz gegriffen habe, wird niemand behaupten können, der mit offenen Augen und mit Verständnis die Vorgänge in der deutschen Arbeiterschaft zu beurtheilen sich bemüht. Schon der ganze Verlauf des Hamburger Ausstandes müßte davor bewahren, daß der jetzige Ausgang eine große Enttäuschung in den Arbeiterkreisen hätte im Gefolge haben können. Im Gegentheil, die aus den Reihen der Streikenden wiederholt gemachten Anerbietungen, unter Verzichtleistung auf jede Wehrforderung zu einer Verständigung und zum Frieden zu kommen, zeigten der Arbeiterschaft längst, daß es sich für die Streikenden nicht mehr darum handelte, einen Sieg zu erringen, sondern zu einem für beide Theile ehrenvollen Frieden zu gelangen. Daß die Unternehmer selbst dieses Zugeständniß brüskt abweisen und darauf bestanden, daß die Arbeiter bedingungslos zu Kreuzen kriechen müssen, ist ja für die Klärung der Klassengegenstände von unschätzbarem Werthe, andererseits erklärt aber der hier in bisher in Deutschland unbekannter Weise hervorgetretene Proben-Dochmuth auch den bewundernswürdigen Opfermuth, den die deutsche Arbeiterschaft gerade diesem Streik gegenüber bekundet hat. Nicht weil man noch an die Möglichkeit des Sieges glaubte, opferten die Hunderttausende von Arbeitern bis zur letzten Stunde ihr Scherflein für die Hamburger Brüder, sondern man unterstützte letztere solange es ging, um dadurch die Hamburger Proben möglichst zu schädigen. Der Kampf hätte längst beendet sein können, wenn die Führer des Hamburger Unternehmertums nicht die Gelegenheit hätten wahrnehmen wollen, den Arbeitern an einem recht drastischen Beispiel zu zeigen, daß sie nichts weiter sind als eine willenlose Masse, die blind den Befehlen und Wünschen der Kapitalproben zu gehorchen hat. Der Klassengegenstand ist bei diesem Streik in seiner schroffsten Form zum Ausdruck gekommen und die Unternehmer wollten zeigen, daß es kein Ausgleich und Kompromißeln giebt, sondern daß es sich für sie nur um ein Ziel handelt: die vollständige Unterjochung der Arbeiter.

Unser Unternehmertum versteht den Arbeitsvertrag nur dahin, daß es zu befehlen und die Arbeiter blind zu gehorchen haben. Jede andere Auslegung, etwa dahingehend, daß die Arbeiter als einer der beiden vertragsschließenden Theile bei der Auslegung mitzureden und Bestimmungen zu seinen Gunsten aufzustellen haben, wird von der erdrückenden Mehrheit unseres Unternehmertums als ein dreistiger Eingriff in ihre geheiligten Rechte betrachtet. Nicht immer ist unser Unternehmertum in der Lage, diesen seinen Standpunkt aufrecht zu erhalten und durchzusetzen; da, wo es aber reich genug ist, die Kosten für seine Neigungen zu tragen, folgt es diesen mit brutaler Rücksichtslosigkeit und lehrt sich den Teufel an die sentimentalischen Predigten unserer Harmonieusler, welche den Herren gerne in Erinnerung bringen möchten, daß sie doch das Forum wahren und wenigstens so thun sollen, als wenn die Arbeiter sozusagen doch auch Menschen und zwar gleichberechtigte seien. Gerade diesen sozialen Friedenspredigern haben die Hamburger Proben den schlimmsten Streich gespielt, denn wer wird nach diesen Vorgängen noch an die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit glauben? Vielleicht, daß Dr. Max Dirsch sich diesen Glauben auch jetzt noch bewahrt hat, die Arbeiter in seinen Gewerksvereinen theilen ihn aber schon längst nicht mehr, und daß auch die journalistischen Klopffechter des Unternehmertums es nicht mehr der Mühe werth halten, mit dem Harmonie-Märchen hausieren zu gehen, das zeigte zur Evidenz die Tante Boff, welche alle Harmonieschwärzerei aus Anlaß des Hamburger Streiks an den Nagel hing und sich für das schrankenlos geübte Herrenrecht aussprach.
 Für Gefühlsduselei irgend welcher Art ist also kein Platz mehr, wohl aber ist die Frage heute brennender als je, was hat seitens der Arbeiter zu geschehen, um in dieser Situation bestehen zu können? Daß an ein feiges Unterwerfen unter die Unternehmervillkür nicht zu denken ist, versteht sich am Rande und es denkt auch kein Mensch daran. Sicherer wäre es auch verfehlt, wenn Vorgänge wie der Hamburger Streik vorüber gehen sollten, ohne daß man daraus etwas lernt.
 Zunächst hören wir von allen Seiten den Ruf nach Organisation. Wäre die Organisation der Hafenarbeiter stärker und gefestigter gewesen, so lesen wir in Parteiblättern, so wäre der Ausgang ein anderer gewesen. Wir gestehen, daß wir diese Auffassung nicht theilen. Wir sind im Gegentheil der Meinung, daß für das Schlussergebnis des Aus-

standes die Frage, ob die Hafenarbeiter zu Beginn desselben besser oder schlechter organisiert waren, ganz bedeutungslos ist. Dagegen aber haben wir die Ueberzeugung, daß, wenn die Hafenarbeiter eine starke Organisation gehabt hätten, der Streik unter den Umständen, wie es geschehen ist, gar nicht zum Ausbruch gekommen wäre, und das ist eine Seite der Frage, welche uns der besonderen Beachtung werth erscheint. Es steht fest, daß die Anerbietungen der Stauer abgelehnt und der Streik beschlossen wurde in einer Versammlung unorganisierter Arbeiter und daß dieser Beschluß gefaßt wurde, gegen den Einspruch der Führer der organisierten Hafenarbeiter.
 Wir haben es also hier mit einem Vorgange zu thun, der durchaus nicht vereinzelt dasteht in der deutschen Lohnbewegung. Massen, die trotz aller Anstrengungen der organisierten Arbeiter den Organisationen fern bleiben, keinen Pfennig für dieselben aufgebracht haben, sich überhaupt nicht um die Arbeiterbewegung kümmern, kommen plötzlich in Bewegung, beherrschen durch ihre Zahl die Versammlungen und drücken Beschlüsse durch, für welche organisierte, mit den Verhältnissen vertraute und die entgegenstehenden Schwierigkeiten kennenden Arbeiter nie zu haben gewesen wären. Sind aber erst solche Beschlüsse gefaßt, dann fühlen sich die organisierten Arbeiter durch dieselben für moralisch verpflichtet und es folgen aus den unüberlegtesten Beschlüssen die folgenschwersten Kämpfe. So ist es gewesen bei dem großen Vergarbeiter-Ausstand, so beim Berliner Bierboikott, so jetzt in Hamburg. — Wir nennen nur diese allgemein noch in Erinnerung stehenden großen Kämpfe, erschöpft ist damit die Zahl dieser Vorgänge keineswegs.
 Uns dünkt nun, es sei höchste Zeit, dafür zu sorgen, daß solche Vorgänge sich nicht mehr wiederholen. Wir können gewiß nicht verhindern, daß sich großer unorganisierter Massen plötzlich eine besondere Bewegung bemächtigt, wir können auch nicht verhindern, daß diese Massen sich in Versammlungen zusammenthun und Beschlüsse fassen, aber unsere Arbeiter-Organisationen haben keineswegs die Verpflichtung, für solche nicht genügend vorbereitete Beschlüsse die moralische und materielle Verantwortung und damit das Risiko für das Endergebnis zu übernehmen. Sollen die Lohnbewegungen Erfolge haben und wollen wir uns nicht nun Niederlagen zu den bisherigen holen, dann muß in Leitung und vor allem der Beginn solcher Bewegungen, das Ergebnis wohlwogener Ueberlegung sein. Hätte aber diese Platz gegriffen, dann war es ausgeschlossen, daß in Hamburg der Kampf zu einer Zeit ausbrach, die als die denkbar ungünstigste bezeichnet werden muß. Soll auch in Zukunft bei den Lohnbewegungen nur das Temperament der Massen entscheiden, dann müssen wir darauf verzichten, weiterhin noch Erfolge zu erzielen.

Man weist in unserer Presse und in Versammlungen so viel auf die englischen Gewerkschaften hin und stellt sie uns vielfach als nachahmenswerthe Muster auf. Wir stimmen in letzterer Beziehung nur sehr bedingt zu, aber das könnten wir von den Engländern lernen, daß man sich in große Lohnkämpfe nicht kopflos stürzt, sondern daß vorher alle Chancen wohl erwogen sein wollen und daß man sich vor allem in solche Kämpfe nicht von dem Unternehmertum drängen läßt, sondern daß der Zeitpunkt des Streiks dann gewählt wird, wenn er die besten Chancen für die Arbeiter bietet. Diese Entscheidungen lassen sich aber nicht in zufällig zusammenberufenen Volks- oder Massenversammlungen treffen, sondern das wird immer Sache eines kleineren mit den Verhältnissen genau vertrauten Kreises sein müssen. Haben diese Erwägungen stattgefunden und zu dem Entschlusse, eine Aktion zu unternehmen, geführt, dann ist es Zeit, die Massen für die Schlüssentscheidung heranzuziehen. Haben aber unorganisierte Massen unüberlegte Beschlüsse gefaßt, dann müssen wir den Muth finden, solche Zumuthungen abzuwehren. Soll die Gewerkschaftsbewegung die Bedeutung erlangen, welche wir ihr alle wünschen, dann muß sie auch Erfolge aufweisen können. Erfolge können aber nur bei planvollem Vorgehen erzielt werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, 22. Februar 1897.

Aus dem Reichstage. Der Etat des Auswärtigen Amtes bietet die geeignetste Gelegenheit für die Volkvertreter, sich über die auswärtige Politik zu äußern und die Vorgänge im Orient sind ja augenblicklich derart kritische, daß die Parlamente der Westmächte Tage lange Verhandlungen daran gewendet haben. Bei uns ist das anders. Der deutsche Reichstag ist sich seiner Ohnmacht in allen Fragen der auswärtigen Politik so sehr bewußt, daß es fast nicht einmal gelang, eine einstündige Anstandsdebatte den Vorgängen aus Kreta zu widmen. Dabei nahm selbst bei dieser Unterhaltung den Haupttheil nicht etwa die jetzt auf der Tagesordnung stehende Orientfrage in Anspruch, sondern man zankte sich darum, ob es wohlgethan gewesen sei, daß der Reichstag 1871 mit Rücksicht auf die römische Frage und den Kirchenstaat eine Adresse annahm, in der das Prinzip der Nichteinmischung in alle nichtdeutschen Angelegenheiten anderer Völker in schroffster Form ausgesprochen wurde. Dr. Lieber meint, jener aus Haß gegen Rom und den Papst seinerzeit eingenommene Standpunkt sei jetzt ad absurdum geführt, während der nationalliberale Marquardsen einen Vergleich zwischen damals und heute nicht für angebracht hält.

Staatssekretär v. Marschall versicherte, daß die deutsche Politik nur auf die Erhaltung des Friedens gerichtet sei und damit war das Leitmotiv für alle folgenden Redner gegeben. Europa braucht Ruhe, mögen sich mittlerweile die Völker weit hinten in der Türkei gegenseitig die Hälse abschneiden, was geht das uns an. Das ist die ganze politische Weisheit die heute im Reichstag verzapft wurde.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen über die Einzelposten für das Auswärtige Amt protestirte Stadthagen gegen die Einsetzung von 500 000 M. als geheimer Fonds. Unser Genosse glaubt, daß dieser Betrag nur zur Spiegelschüttung, also zu einem unfruchtlichen Zwede Verwendung finde, und deshalb erklärte er sich dagegen.

Bei den Etats für die Schutzgebiete erbat sich v. Dollmar Auskunft darüber, wie es mit der Bekämpfung des Sklavenhandels stehe? Natürlich ist alles in bester Ordnung und die gegentheiligen Berichte sind eitel Verleumdung. Sonst verlief die Debatte über die Schutzgebiete ohne jeden bemerkenswerthen Zwischenfall. Der Fall Dr. Peters wurde garnicht erwähnt, über den Gouverneur von Kamerun, Jesko von Puttkamer, brachte der freisinnige Bedh alte Beschwerden vor, fand aber keinen Anklang damit im Hause.

Morgen 1 Uhr nächste Sitzung.

Das preussische Abgeordnetenhaus erlebte heute zunächst in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betr. die Ergänzung einiger jagdrechtlicher Bestimmungen und trat sodann in die Beratung des vom Herrenhaus in abgeänderter Fassung zurückgelangten Lehrerbeförderungsgesetzes. Namens ihrer Parteien erklärten die Abgg. Seyffardt (natl.), Dr. Borisch (Z.), Ridert (fr. Vg.), Dr. v. Heydebrand (L.), Dr. Arendt (L.), Latacz (Z.), Knörke (fr. Vg.) und Wolty (Pole) für das Gesetz stimmen zu wollen, obgleich sie in den vom Herrenhaus getroffenen Änderungen keine Verbesserung, zum Theil sogar eine Verschlechterung erblickten. Die Verantwortung für ein nochmaliges Scheitern der Vorlage wollte niemand auf sich nehmen. Die einstimmige Annahme des Entwurfs erfolgte fast einstimmig, nur der Abg. Röcher (L.) stimmte dagegen. Das Gesetz wird also bestimmt am 1. April in Kraft treten, und wenn auch eine wesentliche Besserung dadurch nicht erzielt wird, so wird doch wenigstens die Lage der am schlechtesten gestellten Lehrer in Zukunft eine menschenwürdigere werden. — Zur Annahme gelangte ferner ein Antrag v. Heydebrand (L.) die Regierung aufzufordern, mit Rücksicht auf die nach dem derzeitigen Rechtszustande bestehende Ungerechtigkeit, namentlich die mittleren und kleineren Grundbesitzer überlastende Vertheilung der Schulkosten ohne Verzug baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Schulbeitrags- und Unterhaltungspflicht bezüglich stämmlicher öffentlicher Volksschulen gemäß Art. 25, Abs. 1 der Verfassung im Rahmen des durch übereinstimmenden Beschluß beider Häuser des Landtages bereits wiederholt geforderten allgemeinen Volksschulgesetzes geregelt wird.

Im übrigen wurden noch einige kleinere Vorlagen und Petitionen erledigt. Morgen stehen kleine Vorlagen und Wahlprüfungen zur Beratung.

Herr v. Stumm wird mit dem französischen Minister des Innern, richtiger Polizeiminister, Barthou nicht sehr zufrieden sein. Er ist von ihm so gründlich ad absurdum geführt worden, daß man fast Mitleid empfinden könnte. Herr Barthou hat wirklich klipp und klar erklärt, die, von Herrn v. Stumm als Patrioten gefeierten französischen Sozialisten seien schreckliche sans patries, d. h. vaterlandslose Gesindel, die von Stumm Exzellenz als vaterlandslose Reichsfeinde denunzierten deutschen Sozialisten dagegen seien wahre Vaterlandspatrioten. Herr v. Stumm wird sich jetzt mit Herrn Barthou, dem französischen Minister des Innern, auseinandersetzen haben.

Auf Kreta ist geschossen worden — das griechische Feuer, von dem wir in den napoleonischen Sieges-Bulletins des tapferen Prinzen Georgios so viel gehört, war doch bloß Feuerwerk — allein jetzt ist wirklich geschossen worden, mit modernen Rieskanonen und von „ganz Europa“. Aber auch die Rieskanonen von „ganz Europa“ scheinen nicht sehr ernsthaft geschossen zu haben, denn nachdem sie 70 Schüsse (von denen jeder etliche 1000 M. kostet), auf irgend ein geheimnißvolles Rebellenlager abgegeben und die Wegnahme der Rebellenflagge bemerkt hatten, wurde sofort nach Einstellung des Feuers die Rebellenflagge wieder gehißt.

Es ist also offenbar nicht viel Schaden geschehen. Und das ist gut. Wenn denn einmal Komödie gespielt werden muß, dann wenigstens mit möglichster Schonung von Menschenleben.

An der Kanonade von „ganz Europa“ hat sich auch Deutschland beteiligt, das jetzt durch ein Schiff vertreten ist. Daß damit das „Ansehen“ Deutschlands gewachsen sei, könnten wir nicht gerade sagen. Wir finden im Gegentheil, daß die „Strammheit“ der deutschen Politik, die sofort schneidige Gewaltmaßregeln gegen Griechenland vorschlug, einen ziemlich schlechten, und nicht weniger als imponirenden Eindruck gemacht hat.

In England, Frankreich und Italien erwärmt sich die öffentliche Meinung immer mehr zu gunsten der Griechen und insbesondere der Kretenser. In England sind es bloß die Sozialisten der Social Democratic Federation, die auf die Gefahren der türkischen Frage und das hinter Kreta und Griechenland lauernde Rußland aufmerksam machen.

Von unmittelbarer politischer Bedeutung ist der Philhellenismus — so nannte man die Griechenschwärmerei vor sechzig und siebzig Jahren — jetzt in Frankreich. Dort hat die Demokratie stets sehr warme Sympathien für Griechenland gehabt; an den freieren

Auffständen der Kretenser nahmen Franzosen theil und Ende der sechziger Jahre befehligte der tapfere **Flourens**, der im April 1871 als Kommune von den Versaillern gefangen und schließlich ermordet wurde, eine Freischaar von Kretensern. Das Bombardement des gestrigen Tages könnte sehr leicht den Sturz des ohnehin wackligen Ministeriums Meline zur Folge haben. Auf den Ausgang der heutigen Kammer-Sitzung, in der die auswärtige Politik zur Sprache kommt, darf man gespannt sein. Vielleicht bringen die Nachttelegramme schon Nachricht über den Ausgang. —

Aus Athen wird gemeldet: Gestern Vormittag begann ein Gewehrfeuer in der Umgebung von Kanea. Von der Stadt aus erkannte man die griechische Fahne. Nachmittags wurde das Feuer heftiger. Um 4 Uhr beschloßen die Geschwader-Chefs, das Lager der Aufständischen zu bombardiren. Da die Aufständischen um 5 Uhr das Gewehrfeuer noch unterhielten, eröffneten die Fahrzeuge das Geschützfeuer. Ein englisches Schiff gab den ersten Schuß ab; hierauf folgten die anderen. Es wurden etwa 40 Schiffe auf das griechische Lager abgegeben. Als das Feuer aufhörte, sah man die griechische Fahne in der Höhe des Lagers gehißt. 50 mit Doppellinien bewaffnete Riggas verließen nachmittags Kanea, um die eingeborenen Mohamedaner zu verstärken.

Trotz dieser Schüsse bleibt die Haltung der Admirale bez. der Großmächte unverständlich, ist doch ausdrücklich die Erlaubniß gegeben worden, Proviant für die griechischen Truppen auf Kreta anzuschiffen. Dabei kommen ernste Gefechte, ja Schlachten zwischen Türken und Griechen vor. Aus Athen wird hierüber gemeldet:

Auf die Nachricht, daß die Besatzung von Kanea gegen die Christen vorrückte, schickte Bassos eine Kompagnie Freiwilliger zur Unterstützung der Christen ab. Außer 1500 Soldaten der Besatzung von Kanea nahmen noch 2500 Mohamedaner mit zwei Geschützen an dem Kampfe gegen die Kretzer theil. Nach einem anderthalbstündigen Kampfe wurden die Türken gezwungen, in die Stadt zurückzulehen. In dem Fort Agria fanden die griechischen Truppen reiche Beute vor, auch fielen ihnen die Bewundernden in die Hände. Die Verluste der Türken sind unbekannt. Die Griechen verloren an Todten zwei Offiziere, mehrere Unteroffiziere wurden schwer verwundet.

Die Okkupation Kreta's durch Griechenland ist von Oberst Bassos offiziell proklamiert worden. Neue griechische Truppen sind auf dem Wege nach Kreta. In Athen fanden gewaltige Volkskundgebungen zu Gunsten des Anschlusses von Kreta statt. Auch an die griechisch-türkische Grenze wurden Truppen abgefannt, man spricht auch davon, daß König Georg sich nach Kreta begeben wolle, um den Oberbefehl über die griechischen Truppen zu übernehmen. Aus Konstantinopel wird gemeldet:

Die Nachricht, daß Griechenland seinen früheren Generalkonsul in Kanea Gennabis zum künftigen Kommissar auf Kreta ernannt und die übrigen Konsulate aufgehoben habe, in Verbindung mit den Meldungen über die fortschreitende griechische Aktion auf der Insel haben im Hydij-Palaste und an der Porte große Erregung hervorgerufen. Eine starke Partei drängt zum Einmarsch nach Griechenland als Gegenmaßregel. Der letzte Ministerrath berieth darüber, ohne einen Beschluß zu fassen, doch gilt eine plötzliche bezügliche Entscheidung des Sultans als keineswegs unmöglich, da die bisherige jügerde Haltung der Porte gegenüber der griechischen Aktion unter den Mohamedanern große Unzufriedenheit hervorruft. Einstweilen versuchte die Porte in den letzten Tagen sowohl hier wie auswärts wiederholt Rathschläge seitens der Mächte zu erlangen. Verlässliche Berichte aus Kreta schildern die Stimmung der dortigen Mohamedaner, welche sich von der Porte verlassen fühlen, als sehr gedrückt. An verschiedenen Orten sind Unternehmungen zur Befreiung und Vervollständigung der umzingelten mohamedanischen Truppenheertheile vorbereitet. Es liegen zahlreiche Meldungen über gegenseitige Mordthaten vor, wobei die Mohamedaner infolge der Uebermacht der Christen der stark leidende Theil gewesen seien.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Stimmung der Bevölkerung für Griechenland in raschem Wachsen begriffen ist. Volksversammlungen und Straßenkundgebungen sprechen sich für die Griechen aus. So meldet eine Depesche aus Paris: Auf dem Montmartre fand eine von etwa 2000 Personen besuchte Volksversammlung zu Gunsten der Unabhängigkeit Kreta's statt, in der zahlreiche Reden gehalten wurden. Unter anderen sprachen die Deputirten Rouanneau, Chanois, Bailant und Sembat. Die Versammlung nahm eine Tagesordnung an, welche den Wählern, die sich gegen ihre Mörder erheben, ihre Sympathie ausdrückt und die Politik der Unthätigkeit von Seiten Frankreichs verurtheilt. Nach Schluß der Versammlung wurden noch an verschiedenen Stellen Kundgebungen veranstaltet, auch im Quartier latin, die zur Verhaftung von etwa 30 Personen führten. Ein bedeutender Zwischenfall ist jedoch nicht vorgekommen.

Nachstehende Resolution wurde in Paris nach einem Referat des Genossen Jaurès angenommen:

Gegner jeder Vergewaltigung der Massen, der Massen oder Religion, senden die in der Zahl von mehr als tausend im Hotel des Sociétés Savantes versammelten Bürger den um ihre Freiheit kämpfenden Kretensern ihre warmste Sympathie.

Sie protestiren gegen die Politik der Regierung, durch welche Frankreich in das Schlepptau des russischen Zarenismus und des deutschen Kaiserthums genommen wird.

Sie schämen sich der falschen Republikaner, die, nachdem sie in den Besitz der Macht gekommen, ihre ehemaligen Prinzipien verathen und ihre Sympathie mit unterdrückten Völkern vergessen haben.

Sie fordern alle freidenkenden, unabhängigen Bürger auf, dieser Politik der Feigheit entgegenzuarbeiten.

Eine Depesche vom heutigen Tage meldet aus Paris: In der heutigen Kammer-Sitzung wurde die Interpellation über die Kretafrage besprochen. Die Sitzung begann 2 1/2 Uhr. Der Abgeordnete Demicochin erörterte die Dokumente des Gelbbuches, indem er unter anderem sagte, dasselbe gereiche dem Vorkämpfer in Konstantinopel zur Ehre; er selber habe bereits vor Jahren Niedermechelungen prophezeit. Redner erklärte, daß er als durchaus konservativer Mann Revolutionär geworden wäre, wenn er Armenier sei. Er beklagt, daß im Gelbbuch nicht alle Dokumente enthalten seien. (Anotaur widerspricht.) Der Abgeordnete führte weiter aus, es sei sehr wünschenswerth, wenn Frankreich eine genaue Idee über die Vorkommnisse auf Kreta haben könnte, damit es nicht auf die englischen Dokumente angewiesen sei. Jedenfalls sei es unerhört, daß die Mächte, nachdem sie 4 Jahre lang den Niedermechelungen ruhig zugehört, nunmehr ihre Plotten einlaufen lassen gegen ein kleines Volk, das seine Freiheit vertheidigt. Auch der Abgeordnete Millerand griff heftig die Regierung an.

Aus Rom wird gemeldet: Die radikalen Vereinigungen Roms hielten heute zu Gunsten der kretensischen Bewegung eine Versammlung ab, welcher mehrere Deputirte, unter ihnen Vorigal beizuhöhen. Nach einigen Ansprachen wurde eine Tagesordnung angenommen, welche die Sympathien für die Kretzer sowie den Wunsch zum Ausdruck bringt, daß die Hoffnungen der Griechen sich erfüllen möchten. Die Theilnehmer an der Kundgebung zogen hierauf vor die griechische Gesandtschaft und brachten dem Gesandten Kardouriotis Ovationen dar. Der Gesandte erschien am Fenster und dankte. Schließlich gelang es der Polizei, die Versammlung der Kundgebung, welche auch vor die türkische Gesandtschaft ziehen wollten, zu zerstreuen.

Auch in Neapel veranstaltete die Menge unter Führung des Deputirten Casilli vor dem griechischen Konsulat eine Kundgebung. Der Konsul erschien in großer Uniform mit vier griechischen Offizieren auf dem Balkon und dankte in einer Ansprache, auf welche die Deputirten Casilli und Zambiani antworteten.

Seit zwei Tagen steht in Sijilien ein Korps von 1800 Freiwilligen zum Abmarsch nach Kreta bereit.

Aus Washington wird gemeldet: Der Senat nahm einen Beschlus an, in dem er Griechenland seine Sympathie ausdrückt.

Bedenkliche Nachrichten kommen aus Bulgarien, Serbien und Montenegro, überall werden militärische Vorbereitungen getroffen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der „Münchener Anzeiger“ vom 18. Februar wurde wegen angeblicher Majestätsbeleidigung konfiszirt. Die Staatsanwaltschaft ist erst 24 Stunden nach Erscheinen des Blattes hinter das Verbrechen gekommen, denn die Beschlagnahme erfolgte erst gestern gegen Mittag. Wegen dieser Maßregel ist Beschwerde eingelegt worden. —

Deutsches Reich.

100 Millionen Ueberschuß stellt der Reichshaushalts-Etat des laufenden Jahres in Aussicht, so beginnt ein anscheinend hochhoffnungsvoller Artikel des „Hamburger Korrespondent“, und er schließt in auffallendster Schrift mit folgendem Abfage:

Finanzielle Bedenken können daher nicht weiter gegen die Marineforderungen vorgeschützt werden; dieser Vorwand ist der Gegner der vom nationalen Standpunkte unerlässlichen Anforderungen für unsere Küstung zur See nunmehr glücklich entzogen!

Ja gehören denn die zuviel erhobenen Steuern lediglich für die Erfüllung der weitestgehenden Marinepläne? Die kleinste Reform im Postwesen ist unmöglich wegen der schlechten Finanzlage, sagt Herr von Stephan, die großen Marinebauten sind leicht durchzuführen, wir haben doch 100 Millionen Ueberschuß, sagt Graf Pofadovsky, und Herr Miquel sind die 100 Millionen noch nicht genug, er wehrt noch immer über die elende Finanzwirtschaft im Reich. Her mit der Biersteuer, Tabakmonopol u. s. w., wir sind bereit, all die Erträge in Panzerschiffen, Riesenkanonen und dergleichen zu verwenden, denken sich die Pofadovsky's und Miquel's, die Gopler's und Hollmann's. Das deutsche Volk hat aber gar keinen Sinn für diese geniale Finanzpolitik. —

Eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke Deutschlands wird bereits von der „Köln. Ztg.“ für das neue Quinquennat in Aussicht genommen. In einem an die französischen vierten Bataillone anknüpfenden Artikel heißt es, die neuen Vollbataillone der 42 Regimenter, zu denen die Halbataillone am 1. April zusammengezogen werden, würden gegenwärtig allerdings nur zu 400 Mann aufgestellt. Sehr bald aber werde man das Bestreben haben, auch die neuen Kompagnien auf die gleiche Höhe mit den anderen zu bringen. Rechnet man auf die Kompagnie 25 Mann, so ergebe dies für die neuen 88 Vollbataillone 8800 Mann. Auch ermöglige es die Zahl der diensttauglichen Mannschaften bei der Aushebung, den neuen 42 Regimentern ein drittes Bataillon zu geben. Daraus würde dann wiederum eine weitere Verstärkung der Friedenspräsenz um 21 000 Mann folgen.

Was zur Vorlage an den Reichstag werden wohl noch weitere Wünsche dazu kommen. —

Der Entwurf der Militär-Strafprozess-Ordnung ist wie verlautet, jetzt dem Plenum des Bundesraths zugegangen. —

Reichskommission für Arbeiterstatistik. Die Vorschläge, betreffend Regelung der Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kleider- und Wäschekonfektion, welche die Kommission für Arbeiterstatistik dem Reichskanzler unterbreitet hat, haben folgenden Wortlaut:

1. Bei Stückarbeit ist überall durch Tarife, Lohnbücher oder Arbeitszettel eine sichere Grundlage des Arbeitsverhältnisses zu schaffen.

Die Werkstätten- und Heimarbeiter sind mit Lohnbüchern zu versehen, in welche beim Ausgeben der Arbeiten die Löhne für die einzelnen Arbeiten einzutragen sind.

2. Eine Erweiterung der Versicherungspflicht der Hausindustriellen und Heimarbeiter bez. der Kranken- sowie der Invaliditäts- und Alters-Versicherung unter Heranziehung der Konfektionäre zu den Beiträgen der Arbeitgeber erscheint nothwendig.

3. Für die Dauer der Arbeitszeit in den Werkstätten ist die Anwendung der §§ 135—139b der Gewerbe-Ordnung mit folgenden Einschränkungen zu empfehlen:

Betreffe der Ueberarbeit in der Saison sind ohne besondere behördliche Erlaubniß 80 Ueberarbeitstage im Jahre zuzulassen, an denen die gewöhnliche Arbeitszeit um je zwei Stunden überschritten werden darf. Auch sollen die besonderen Beschränkungen hinsichtlich der Beschäftigung von Arbeiterinnen an Sonnabenden und Vorabenden der Festtage keine Anwendung finden. Ferner soll bezüglich der Pausen nur allgemein bestimmt werden, daß die tägliche Arbeitszeit durch solche von mindestens 1 1/2 stündiger Dauer zu unterbrechen sei.

Als Werkstätten im Sinne dieser Bestimmung sollen alle nicht zu den Fabriken zu rechnenden Betriebsstätten angesehen werden, in welchen auch nur eine Person gegen Lohn oder sonstiges Entgelt beschäftigt wird.

4. Zur Durchführung einer Arbeitsbeschränkung ist es nothwendig, die Werkstätten-Arbeiterinnen vor Ueberlastung durch Heimarbeit ihunlichst zu schützen, wenn nicht anders möglich, auch durch das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause.

Zum neuesten sozialpolitischen Kurse scheint auch die Kalkulation des Unterstaatssekretärs Bohmann zu gehören. Als er bei der vorletzten Session der Reichskommission für Arbeiterstatistik nicht präsidirte, sondern durch Geheimrath Wädte vertreten wurde, suchte man dies durch eine berufliche Abhaltung zu erklären, nun wurde aber Herr Bohmann auch von der letzten Sitzung der Reichskommission ferngehalten. Soll dieser Vertreter einer recht gemäßigten Sozialpolitik wegen seines Eintretens für den Achtuhr-Ladenschluß das Schicksal Berlepsch's theilen? —

Den Kampf gegen die Sozialpolitik unter den Professoren hat praktisch zuerst das liberale Landle, Baden, aufgenommen. Aus Breslau wird gemeldet:

Laut einstimmigen Beschlusse der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg sollte der bekannte Professor Sombart von der hiesigen Hochschule dorthin berufen werden. Dieser Berufung verlagte das badische Ministerium die Genehmigung wegen der sozialpolitischen Richtung Sombart's. Derselbe ist sogenannter Rathessozialist und erweist sich großer Werthschätzung auch bei den Gegnern. Er wurde im November von den Freisinnigen zum Stadtverordneten gewählt.

Aus der letzten Bemerkung geht klar hervor, daß Sombart mit der Sozialdemokratie nichts gemein hat und nichts gemein haben will. Er hat sich auch weit von allem ferngehalten, was einem öffentlichen Auftreten für Forderungen der Arbeiterklasse gleich käme. Was hat nun die auffallende Maßregelung des Breslauer Professors verschuldet? Auf dem in König Stumm's Augen für Professoren so gefährlichen Gebiete der Volkswirtschaftspolitik hat Sombart vornehmlich italienische Fragen behandelt, außerdem hat er in sozialpolitisch-farbloser Weise die Hausindustrie als gewerbliche Betriebsform untersucht. Diese Arbeiten können also die Haltung der badischen Regierung nicht erklären. Sombart hat sich aber eines großen und schweren Verbrechens schuldig gemacht, das diese Maßregelung vollst. gerechtfertigt erscheinen läßt. Sombart hat über Marx und Engels einige wissenschaftliche Abhandlungen geschrieben, die anders sind als die seiner Kollegen. Während diese Marx, ohne ihn gelesen, sicherlich ohne ihn verstanden zu haben, schon als junge Doktoren und Privatdozenten vollständig vernichteten, hat Sombart Marx' und Engels' Schriften eifrig und ernstlich studirt, und von der Bedeutung der Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus überzeugt, wenn ihnen auch kritisch gegenüberstehend, hat er Stellung genommen zu den theoretischen Streitfragen der Nationalökonomie. Ein solches ernstes, wissenschaftliches Beginnen fordert Strafe, man verzichtet auf Sombart; wähle man doch den Züricher

Wolf, der versteht zwar Marx nicht, versteht aber gründlich auf ihn zu schimpfen. —

Aufforderung zu Gewaltthatigkeiten macht sich die „Deutsche Tageszeitung“ schuldig. Das würdige Agrarierblatt, das mit seiner Bismarckpolitik in seinem letzten Prozesse so bedauerlich am Pranger stehen mußte, ist sichtlich entrüstet über unseren Leitartikel „Jubiläum der Schande“. Es fordert auf, unseren Artikel zu quittiren, daß wir veranlaßt würden, die „Pisse von Peil“, wenigstens aber von Glasergelassen in Anspruch zu nehmen. Der Ton ist Bismarck's ganz würdig. —

Dank vom Welfenhanse! Die „Altbraunschweigische Volks-Ztg.“, die lange Jahre hindurch die Interessen des Rumberländers vertreten hat, ist in Konkurs gekommen. Bei den zahlreichen Millionen, die der ungeliebte König von Hannover und der Herzog von Braunschweig besitzt, ist es eine unerhörte Schmach für den Rumberländer, daß er seine Anhänger dem Gerichtsvollzieher und Konkursverwalter anliefern. Wir hoffen, daß die bisherigen welfischen Wähler diese Handlungsweise gebührend würdigen werden. —

Sächsische Schildbürgererei. Die Hege gegen die Konsumvereine treibt eigenartige Blüten. In Zschochwitz bei Dresden wurde beschloßen, eine Umsatzsteuer von 4 pCt. für Konsumvereine zu erheben. Jetzt stellt sich heraus, daß es in dem Dörfchen gar keinen Konsumverein giebt.

Mainz, 21. Februar. (Voll. Ztg.) Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer will Eugen Richter's Bemerkungen in der Budgetkommission des Reichstags über die angebliche Wahrnehmung der politischen Polizei in Süddeutschland durch den Polizeipräsidenten in Frankfurt a. M. zu einer Interpellation verwerthen. Man will die große Regierung fragen, ob sie von dieser Ueberwachung Kenntniß habe und aus welchem Fonds die Kosten bestritten würden. —

Oesterreich.

Die Wahlergebnisse lauten für unsere Partei durchaus günstig. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ warnt aber, vor Ende nächster Woche Schlüsse aus den Wählermännerwahlen zu ziehen. —

Ungarn.

Budapest, 20. Februar. Ober-Stadthauptmann (Polizeipräsident) Bela v. Rudny wurde vom hiesigen Straßengericht wegen Duellvergehens zu drei Tagen Staatsgefängniß verurtheilt. —

Frankreich.

Paris, 20. Februar. (Fig. Ver.) Der Senat hat es nun wirklich fertig gebracht, den in letzten Wahlen geschlagenen Gontrais für gewöhlich zu erklären. Es ist unnöthig, auf die Einzelheiten der Mogelegen einzugehen, deren sich die senatorische Wahlprüfungs-Kommission bedient hat, um dieses Resultat zu erreichen. Die Thatsache, daß das zentrale Wahlbureau von Toulouse, zusammengesetzt aus Parteireunden des Schlächters von Journies, keine Mehrheit für Gontrais hat herausrechnen können, beweist sich gerade, wels' flagrant er Geschehen der Senat sich schuldig gemacht hat. Mit recht wird die reaktionäre Körperschaft von allen rechtlich denkenden Menschen die Vertreterin des „gefälschten Wahlergebnisses“ genannt. Der Beschluß, durch welchen der Senat sich über den Willen seiner privilegierten Wähler hinweggesetzt hat, wurde mit 200 gegen bloß 39 Stimmen verabschiedet. So gering ist die Minderheit, bei welcher die Achtung vor der verfassungsmäßigen Gesetzlichkeit, das Gefühl des elementarsten politischen Anstandes noch lebendig ist. Es ist jedoch zweifelhaft, ob der Senat Gontrais vor dem politischen Tode gerettet hat. So verkommen die französische Bourgeoisie ist, sie darf nicht die Zeitung Frankreich einem Manne anvertrauen, der mittels einer freien Wahlprüfung wieder auf die politischen Bühnen hineingeschmuggelt worden ist. —

Bei den Nachwahlen zur Deputirtenkammer, die am letzten Sonntag stattfanden, wurde im ersten Wahlkreise von Bordeaux der Sozialist Ehige als Nachfolger des Radikalen Ferret gewählt. —

Belgien.

Die Butterfälschungs-Affäre des Center Booruit, die mit so viel Behagen von der belgischen und der deutschen bürgerlichen Presse aufgegriffen und verbreitet worden, hat mit einer vollständigen Rechtfertigung des genannten Arbeiter-Unternehmens geendet. Die Lieferantin, welche die Verwaltung des „Booruit“ betrug, indem sie gefälschte Butter lieferte und in deren Magazin Butter und Margarine vorgefunden wurde, ist vom Gericht wegen Butterfälschung zu 80 Frs. Geldstrafe oder 9 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Die zwei Verkäuferinnen des „Booruit“ mußten, da das belgische Gesetz auch dann Bestrafung verlangt, wenn der Verkauf gefälschter Nahrungsmittel ohne betrügerische Absicht geschah, mit je 10 Frs. oder zwei Tagen Gefängniß bestraft werden. Daß der „Booruit“ im guten Glauben gehandelt, geht schon daraus hervor, daß die Lieferantin das Kilo Butter mit 2 Frs. 35 Centimes bezahlt erhielt. —

Italien.

Die Wahlbewegung wird von unseren italienischen Genossen agitatorisch gut ausgenutzt. In einer Reihe von Städten haben Provinzialkongresse stattgefunden, in anderen sind solche in Aussicht genommen. Das Provinzialkomitee für die Lombardei beruht für den 28. d. M. eine Konferenz nach Mailand ein. Auch diese soll sich in erster Linie mit den Wahlen beschäftigen. In 30 Wahlkreisen ist bereits die Aufstellung sozialistischer Kandidaten erfolgt. In Mailand ist außer den von uns bereits angeführten auch der Genosse Guochi-Biani, sodann die Genossen Dell'Avalle, Conzangi und Professor Ciccotti aufgestellt. —

Spanien.

Madrid, 22. Februar. Das Organ der Karlisten „Correo“ dementirt die Meldung von Karlistenumtrieben.

Rußland.

Verhaftungen in Rußland. In Petersburg sind seit Beginn des Sommerstreiks außer zahlreichen Arbeitern unter anderen die folgenden Personen verhaftet worden:

Während des Sommerstreiks die stud. techn. Boronhow und Kalkin (beide sind seitdem freigelassen worden); im Oktober die Studenten der Bergakademie Khabien (später befreit) und Kowrigin und der stud. techn. Platonow; im November und Dezember der stud. techn. Wertens, die Studentin der höheren Frauenkurse Metkova und die Lehrerin Wade, der Kandidat der Universität Moskowsky; während der Weihnachtszeit der Schriftsteller Potressow, der Beamte des Ministeriums der Landwirtschaft Zwanoschin, die Angestellte Schelichowloja, der ehemalige Korrektor Zwanow; nach Weihnachten der Student der Universität Charkowsko und die Studenten der Forstakademie Stornjalow und Subitilny. —

Amerika.

Washington, 20. Februar. Die Kommission des Repräsentantenhauses beschloß, einen Bericht zu Gunsten des am 29. Januar von dem Senate angenommenen Geschenkgesetzes zu erstatten, durch welchen der Präsident ermächtigt wird, Vertreter zu jeder etwa stattfindenden internationalen Konferenz zu ernennen, welche den Zweck hat, ein festes Verhältniß zwischen Gold und Silber zu sichern. Die Kommission nahm einen Zusatzantrag an, welcher dem Präsidenten die Befugniß ertheilt, wenn er es für besser halte, zu versuchen, auf diplomatischem Wege, anstatt mittels einer Konferenz ein internationales Einvernehmen herbeizuführen. Mehr als formale Bedeutung hat dieser Beschluß, aus dem unsere Agrarier Kapital zu schlagen bemächt sein werden, nicht. —

Der Präsident hat dem Kongresse den Schriftwechsel mit Deutschland über die amerikanischen Versicherungs-Gesellschaften überandt. —

Washington, 22. Februar. In gut informirten diplomatischen Kreisen verlautet, daß Präsident Mac Kuley in seiner Vortage an das Repräsentantenhaus formal erklären werde, daß er in keiner Weise in die kubanische Angelegenheit eingreifen noch den Insurgenten zu Hilfe kommen werde.

Reichstag.

182. Sitzung vom 22. Februar 1897. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Marschall.
Die zweite Beratung des Reichshaushalts-Staats für 1897/98 wird fortgesetzt beim Etat des Auswärtigen Amts.

Beim Gehalt des Staatssekretärs bemerkt

Der Berichterstatter Prinz Kreutzberg, daß die Klagen der Gläubiger Griechenlands wieder zur Sprache gekommen seien. Bei dieser Gelegenheit ist aus der Mitte der Kommission die unwidersprochen gebliebene Behauptung aufgestellt worden, die Schuld an diesem desastrosen trüben in erster Linie die Gläubiger selbst, welche mit einem ungläublichen Leichtsinne und nur der höheren Zinsen wegen ihr Geld der griechischen Regierung anvertraut hätten, ohne auch nur eine Ahnung der wirtschaftlichen, finanziellen und namentlich der politischen Verhältnisse Griechenlands zu haben. In zweiter Linie seien diejenigen Emissionshäuser verantwortlich zu machen, welche die griechischen Verhältnisse kennen konnten und doch diese Papiere anempfohlen haben auf die Gefahr hin, eine Anzahl kleiner Leute zu ruinieren. Dies entspreche indes die Reichsregierung nicht von der Verantwortlichkeit, die griechische Regierung anzuhalten, in Geldsachen so ehrlich und unabhängig zu sein, als ihr dies überhaupt möglich ist.

Abg. Gasse (natl.): Die Zurückhaltung des Reichstags in Fragen der auswärtigen Politik ist eine überaus große. Ob das an sich gerechtfertigt ist oder nicht, lasse ich dahingestellt. Soweit aber das nicht geht, daß man die Ereignisse des Augenblicks spurlos vorübergehen läßt. In den Dingen in Kreta ist das ganze deutsche Volk außerhalb des deutschen Reichstags auf das lebhafteste interessiert. In diesem Augenblick ist ein deutsches Kriegsschiff vor Kreta eingetroffen und beileidet sich dort an den Aktionen der europäischen Mächte in dem Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei. Ich will über diese Thatsache selbst kein Urtheil fällen und hoffe, daß der Staatssekretär Mittheilungen über den Stand der Dinge dem Hause machen werde, soweit dies im Augenblicke möglich ist. Unser Interesse an diesen Wirren besteht nicht darin, Partei zu nehmen für die Türkei oder Griechenland — heute herrscht in Deutschland kein Philhellenismus mehr — und die Christen gegenüber den Mohammedanern zu begünstigen, wenn man auch hoffen darf, daß eine Herrschaft der Türkei über Kreta ausgeschlossen ist. Das deutsche Interesse besteht vielmehr in der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, und ich habe die Ueberzeugung, daß unsere auswärtige Politik dort auch in diesem Sinne geleitet wird. Sollten allerdings die gegenwärtigen Ereignisse zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse unter den Großmächten führen, so würde ich für meine Person die Hoffnung aussprechen, daß es niemals geschieht, ohne auch den deutschen großmächtl. Interessen Rechnung zu tragen. Ich komme nun auf einige Einzelheiten. Es ist wünschenswerth, daß die Söhne deutscher Eltern im Auslande nicht gezwungen werden, ihre Staatsangehörigkeit aufzugeben, daß sie auch nicht gezwungen werden, unverhältnismäßige Opfer zu bringen. Man sollte deshalb den deutschen Schulen im Auslande auch gewisse Berechtigungen bezüglich des Militärdienstes geben. Es liegen Klagen darüber mehrfach vor. Nebenher fordert die ergebiger Unterführung deutscher Schulen im Auslande. Bezüglich der Wehrpflicht sollte man die Erfassungspflicht derart regeln, daß die Aushebung im Auslande ermöglicht wird, namentlich daß der Dienst in der Schutztruppe zugelassen werde. Hunderttausende verlassen Deutschland, die jedenfalls sehr viel mehr werth sind als die Elemente, welche zuwandern; diese Zuwanderung sollte man nicht erleichtern. Die Auswanderung sollte aber möglichst im Interesse Deutschlands nach unsern Kolonien geleitet werden.

Spanien hat uns gegenüber den Minimaltarif zugestanden. Das genügt aber nicht, wir müssen die Meistbegünstigung haben. Das jetzige Verhältniß hat dahin geführt, daß die Spitzenindustrie aus Sachsen nach Böhmen sich begeben hat, und wenn es dabei bleibt, dann verlieren die deutschen Arbeiterinnen ihre Fingerfertigkeit. Der Reichssekretär hat erklärt, daß Vorbereitungen getroffen werden für die demnächst bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen. Ich hoffe, daß das Auswärtige Amt sich ebenfalls darauf vorbereitet und dafür sorgt, daß unsere Landwirtschaft mehr berücksichtigt wird, daß ferner dahin gestrebt wird, daß ein mittel-europäisches Zollbündniß geschaffen wird. Meine Freunde sind der Meinung, daß die Weltausstellung in Paris von Deutschland beschickt werden muß. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär v. Marschall: Sr. Majestät Schiff „Kaiserin Augusta“ ist gestern Vormittag vor Kanea angekommen und hat sofort 50 Mann gelandet. Bereits am Nachmittag ist das Schiff in Aktion getreten. Auf Grund einer Vereinbarung der kommandirenden Offiziere haben die russischen, österreichischen und englischen Schiffe und unser deutsches Schiff geschlossen auf eine größere Infanterieschaar, die unter griechischer Flagge gegen Kanea in feindseliger Weise vorgegangen war. Die Insurgenten wurden vertrieben. Wenn ich es auch begreife, daß das Haus wünscht, über den Stand der kretischen Frage näher unterrichtet zu werden, so muß ich doch in diesem Augenblick darauf verzichten über den Stand dieser Frage eine eingehende Mittheilung zu machen. Was ich sagen kann ist folgendes: Die Linie der deutschen Politik ist auch hier klar vorgezeichnet: entschlossenes Eintreten zur Erhaltung des Friedens. Deutschland hat im Orient keinerlei Sonderinteressen zu verfolgen. (Abg. Graf Stolberg: sehr richtig!); um so fester, um so rückhaltloser können wir uns der großen Aufgabe widmen, nach unsern Kräften beizutragen zur Erhaltung des Friedens. Das Wort der Pazifistengruppe Kreta's, daß die Mächte in vollem Ernst unternehmen haben, ist geföhrt und bedroht durch das völkerechtswidrige Vorgehen Griechenlands (Zustimmung). Aus den mir vorliegenden Berichten erhellt, daß das Landen regulärer griechischer Truppen auf der Insel, weit entfernt die Gemüther zu beruhigen, im Gegentheil eine in jedem Augenblick wachsende Anarchie herbeigeföhrt hat. Die Fortdauer dieses Zustandes enthält an sich und vermöge der Rückwirkung auf andere Völker eine schwere Geföhrdung des Friedens. Diese Friedensgeföhrdung zu beseitigen mit den paratesen und wirksamsten Mitteln erscheint als die nächste Aufgabe, und damit wird Raum geschaffen werden zur definitiven, dauernden Ordnung der Dinge auf Kreta, zu einer Befriedigung der berechtigten Forderungen der christlichen Bevölkerung, die sehr wohl möglich ist, ohne die Integrität des osmanischen Reiches anzutasten. Ueber die Schritte, die zu thun sind, um dies gemeinsame Ziel zu erreichen, schweben zur Zeit Verhandlungen unter den Mächten, über die ich, wie gesagt, in diesem Augenblick keine nähere Mittheilung machen kann. Dagegen bin ich vom Reichskanzler beauftragt zu erklären, daß er, sobald die Zeit gekommen ist, gerne bereit sein wird, über all das, was von Seiten Deutschlands in dieser Sache unternommen worden ist, dem Hause nähere Aufschlüsse zu gewähren. Man appelliert in jüngster Zeit sehr häufig und vielfach nicht ohne Erfolg an die christliche Humanität. Angesichts dieser Thatsachen ist der Hinweis vielmehr nützlich, daß wir den Forderungen einer richtig verstandenen Humanität am sichersten und im weitesten Umfange gerecht werden, wenn wir alle Kräfte einsehen, um den Gefahren eines Krieges vorzubeugen, der nach menschlicher Wahrscheinlichkeit namenloses Elend über weite Länderstrecken mit sich bringen würde. (Beifall.)

Direktor im Auswärtigen Amt Hellwig: Die Regierung steht dem Wunsche, den deutschen Schulen im Auslande gewisse Berechtigungen zu geben, durchaus wohlwollend gegenüber; die Entscheidung steht aber nicht dem Auswärtigen Amt zu.

Direktor im Auswärtigen Amt Reichardt: Wenn Spanien bereit ist, uns weiter entgegenzukommen, so wird dem nicht entgegengehalten werden. Daß das Auswanderungsgesetz dem Reichstags bald vorgelegt werden möge, ist auch der Wunsch der verbündeten Regierungen. Es ist genug darüber theoretisch geredet und geschrieben, man will nun endlich Thaten sehen, selbst auf die Gefahr hin, daß nicht alle Wünsche erfüllt werden.

Abg. Lieber (Z.): hält es ebenfalls für unthunlich, auf die kretische Frage einzugehen. Für den Schutz der Christen treten auch wir ein, aber wir können in den Griechen

gegenwärtig alles andere eher als berichtigte Vertreter der Christen erblicken, und es wird erwünscht sein, wenn es gelingt, diesen kleinen Oergneß auf Kreta zu Paaren zu treiben. Wir haben volles Vertrauen zur Reichsregierung und hoffen, daß es ihr gelingen wird, den Frieden zu wahren. (Zustimmung im Centrum.)

Abg. Richter (sf. Sp.): Der Staatssekretär hat ganz recht, daß keinerlei Sonderinteresse an den orientalischen Fragen für Deutschland besteht. Vor dem Ausbruch des russisch-türkischen Krieges sprach Fürst Bismarck etwas spöttisch über das Bösen der Berggawina, welches nicht die Knochen eines pommerischen Orenadens werth sei. Ob es ihm damit Ernst war, lasse ich dahingestellt. Deutschlands Interesse ist nicht das geringste unter den Interessen der Großmächte. Aber etwas anderes ist es, die Führung unter den Nationen zu nehmen. Befremdet hat mich, daß der Modadvorschlag von Deutschland ausging, es war das gerade kein Erfolg für die deutsche Diplomatie. In der Berggawina Griechenlands haben wir kein Interesse. Eine Begrüßung für Griechenland ist nicht mehr vorhanden, man denkt immer an den Rechtsbruch gegenüber den ausländischen Gläubigern. Aber die kretische Frage ist eine Kulturfrage. Das türkische Regiment erwirft sich immer ungeeigneter, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten; daraus entstehen Mord und Todtschlag und alle die besagten Greuel. Es ist bedauerlich, daß die europäischen Mächte nicht zur Einnahme gelangt sind zur Befriedigung solcher Greuel. Die christliche Humanität fordert die Fernhaltung eines europäischen Krieges, weil dessen Greuel noch viel schlimmer sind. Die Insularlage von Kreta erleichtert diese Aufgabe. Der Vorschlag des englischen Premier's hat doch manches für sich. Die Insel Samos hat eine Autonomie der Gerichtsbarkeit, des Verkehrs und der Verwaltung, ohne das daraus Wirren und Störungen entstanden sind. Es scheint sehr nahelegend, dasselbe Experiment für Kreta zu versuchen. Diese politische Frage löst sich dadurch, daß allmählich die einzelnen Landschaften ihre Autonomie erlangen: Griechenland, Rumänien, Bulgarien u. s. w. Der Erfolg der Annektionsbestrebungen Griechenlands würde gleiche Geföhre in Serbien und Bulgarien nach sich ziehen. Die Kretenser werden sich um so eher beruhigen und Griechenland wird um so eher ins Unrecht gesetzt werden, wenn klare Absichten der Großmächte schärfer und deutlicher hervortreten, und wenn die europäischen Großmächte darin eine Einigkeit betunden, die leider bisher fehlt.

Abg. v. Marquardsen (natl.): In auswärtigen Dingen sollten alle Parteien sich einigen und der Regierung, welche Farbe sie auch habe, ihre Unterstützung gewähren. Auf dem Wege der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens wollen wir die Regierung energisch unterstützen.

Abg. Lieber (Z.): Damit bin ich einverstanden. Ich spreche gar nicht von den Farben der Regierung; wer selbst in so viel Farben schillert wie der Reichstag, sollte davon nicht reden. Nach außen wird es uns wohl anstehen, einmüthig schwarz-weiß-roth zu sein. Im Uebrigen thun wir wohl am besten, dem Auswärtigen Amt zu folgen und des Eingehens in die Frage enthalten.

Abg. Schmidt-Warburg (Z.): Griechenland ist ein fauler Gläubiger und hat dem privaten Rechtsbruch den Bruch des Völkerechts hinzugesetzt, indem es die von dem Gelde der deutschen Gläubiger gebauten Kriegsschiffe nach Kreta schickte. Die Regierung sollte die Interessen der Gläubiger Griechenlands gegenüber nicht außer acht lassen, und eine Inbenedikt sollte nur ertheilt werden, wenn Griechenland seine Schulden bezahlt.

Staatssekretär v. Marschall: Die Lage der griechischen Gläubiger ist allerdings eine sehr schlimme. Verhandlungen zwischen den verschiedenen nationalen Komitees einerseits und der griechischen Regierung andererseits sind geführt worden. Ein Uebereinkommen trat den sehr bescheidenen Forderungen der Gläubiger Rechnung, aber die Regierung versagte ihm ihre Zustimmung. Die Erwartung, daß die griechische Regierung ihre finanziellen Kräfte anwenden sollte zur Ausgleichung des Rechtsbruchs, ist leider nicht erfüllt worden. Ich kann eine weitere Erklärung nicht abgeben, als daß die deutsche Regierung mit anderen Regierungen nach den Grundsätzen, die ich hier ausgesprochen habe, die Interessen der griechischen Gläubiger wahren werde.

Darauf wird das Gehalt des Staatssekretärs genehmigt, ebenso ohne Debatte die weiteren Ausgaben für das Auswärtige Amt, für die Gesandtschaften und für die Konsulate.

Unter den allgemeinen Fonds befindet sich eine Ausgabe von 500 000 M. zu geheimen Zwecken.

Abg. Stadthagen (Soz.) erklärt sich mit Rücksicht auf die bekannt gewordenen Vorgänge der letzten Zeit gegen die Bewilligung dieser Summe, die nur für Loosspiel und Lumpen jeder Art bestimmt sei.

Die Ausgaben werden genehmigt. Es folgen die Etats für die Schutzgebiete. Beim Etat des ostafrikanischen Schutzgebietes hat die Kommission folgende Streichung vorgenommen: 25 000 M. für den ständigen Vertreter des Gouverneurs, 4500 M. für je einen Bureaubelken in der allgemeinen Verwaltung und in der Finanzverwaltung. Bei den persönlichen Ausgaben für Weisse sind 5000 M. zugelegt, bei der Militärverwaltung dagegen 1680 M. gestrichen.

Abg. Graf Arnim (Rp.) hält es für zweckmäßig, daß die prinzipielle Frage gelöst wird, ob das Land Eigenthum der Regierung ist und nur eine Verpachtung auf 99 Jahre möglich ist. Dieses Verfahren, das in England möglich ist, hat für die Kolonien doch Bedenken.

Direktor der Kolonialabtheilung v. Nischhofen führt aus, daß die Ausgaben für die Landesvermessung zur Förderung der Aufstellungen dienen sollen. Die weiteren Ausführungen sind unverständlich, da der Redner nur zum Grafen Arnim gewendet spricht.

Die Anträge der Budgetkommission werden genehmigt. Bei den sächlichen und vermischten Ausgaben erhält das Wort

Abg. v. Wollmar (Soz.): Eine Veröffentlichung der Londoner „New Review“ über den Sklavenhandel ist von verschiedenen Blättern besprochen, von der Kolonialverwaltung aber nicht beantwortet worden. Bei seiner mißgünstigen und feindseligen englischen Tendenz sind nicht alle seine Behauptungen glaubhaft, die einzelnen Angaben doch der Prüfung werth. Die deutsche Kolonialverwaltung soll sich in gewissen Sinne an der Klärung oder Neuerrichtung des Sklavenhandels betheiligen durch einen schwebenden Pulver- und Waffenhandel nach Zentralafrika von Seiten des Gouvernements. Es werden Karawanen und ihre Führer mit Namen angeführt, und es wird behauptet, daß sie bis zu 1500 Pfund Pulver mit sich geführt hätten. Das Gouvernment will Pulver und Gewehre nur zum Schutz der Karawanen geliefert haben. Diese Erklärung ist aber nicht ausreichend. Es wird in jenem Artikel auch behauptet, daß, nachdem die englische Regierung den Versuch gemacht habe, einen bestimmten Osten für derartige Karawanen, welche mit einer solchen Menge von Pulver und Gewehren ausgerüstet sind, zu schließen, sei die deutsche Verwaltung dazu vorgegangen, gewissermaßen Schmuggel nach England zu treiben, indem sie eine solche Karawane einfach über den See gesetzt habe. Ferner sollen Sklavenhändler und Karawanen in größtem Maßstab friedlich durch das deutsche Gebiet nach Kilwa und Lindi zum Sklavenmarkt sich begeben haben. Ich bringe dies vor, um der Regierung Gelegenheit zu geben, sich zu äußern. Nach der Denkschrift soll trotz aller Aussicht eine Sklavenausfuhr von der Küste nach Sansibar und Pemba stattfinden, aber nur in geringfügigem Umfange, und Bismann hat in einer Rede behauptet, der Sklavenhandel sei so gut wie vollständig verschwunden. Die „Christliche Welt“ hat aber mißgünstig behauptet, daß der Sklavenhandel in der unmittelbaren Nähe der Küstenorte, allerdings maskirt, weiterbetrieben werde und zwar sogar mit Hilfe der Ostafrikaner. Aufsehen hat auch erregt der Bericht des Agenten Wankens von der Britischen und Ausländischen Antisklaverei-Gesellschaft. Danach besteht zu 80 pCt. die Einwohnerschaft Pemba's aus Sklaven. Davon gehören allein 30 000 dem Herrn Sultan. Zum Ersatz für die abgehenden Sklaven wird Sklavenraub im großen, Sklavenraub, also Wegnahme von friedlich arbeitenden Negern auf englischem und

deutschem Gebiete getrieben. Sansibar und Pemba stehen unter englischem Protektorat, und die englische Regierung hat im Unterhause erklärt, sie werde darangehen, die Sklaverei zu unterdrücken. Nach alledem kann man es den Laien nicht verdenken, wenn sie annehmen, daß der Sklavenhandel dort größer ist als man zugiebt. Sind der kaiserlichen Regierung hierüber genaue Zahlen oder Schätzungen bekannt? Und was hält sie von dem englischen Artikel? Sind seine Angaben falsch, so muß ihm nachdrücklich entgegengetreten werden.

Direktor v. Nischhofen: Ich habe, als die Artikel erschienen, mich nach dem Sachverhalt erkundigt und erfahren, daß die Klagen schon 1893 laut geworden sind und ihre Widerlegung in der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“ gefunden haben. Einer offiziellen Widerlegung sind die Behauptungen nicht werth gewesen. Daß der Sklavenhandel mit Erfolg verhindert wird, geht daraus hervor, daß die Nachfrage in Sansibar sehr groß ist und nicht befriedigt werden kann. Es findet eher ein Rückstehen der Sklaven nach dem Festlande statt als umgekehrt. So lange die Sklaverei thatsächlich noch besteht, kann man sich nur darauf beschränken, den Sklavenhandel möglichst einzuschränken. Die Engländer haben selbst anerkannt, daß die deutsche Verwaltung gegenwärtig gewirkt hat, daß die Leute frei umhergehen können, ohne fürchten zu müssen, in Sklaverei zu gerathen.

Die Ausgaben und die Einnahmen für Ostafrika werden bewilligt.

Bei den Ausgaben für Kamerun kommt Abg. Seck (sf. Sp.) auf die Beschwerde zurück, daß der Gouverneur von Puttlamer in der Abwesenheit des Herrn von Stetten in dessen Zimmer eingedrungen sei und alles durchstöbert, auch einen Koupak sich angeeignet habe. Herr von Stetten ist nicht zum Stellvertreter des Gouverneurs ernannt worden. Der Gouverneur von Puttlamer soll sich nach gewissen Behauptungen in einem Abhängigkeitsverhältniß zu den in Kamerun vertretenen Firmen befinden. Die Zeitungen berichten auch über die Integrität des Herrn v. Puttlamer. Man ging aber nicht gegen ihn, sondern gegen die betreffenden Zeitungen vor. Man sollte der Sache gründlich nachgehen im Interesse des Deutschen Reiches. Herr v. Stetten ist ein sehr angesehener Mann, den man einem Herrn v. Puttlamer gegenüber nicht zurücksetzen sollte.

Direktor v. Nischhofen: Trotz aller Werthschätzung, die der Vorredner dem Herrn v. Stetten hat zu theil werden lassen, muß ich doch meine persönliche Meinung dahin ausdrücken, daß mein Amtsvorgänger in der Wahl Stetten's nicht besonders glücklich gewesen ist. Der betreffende Artikel ist Herrn v. Puttlamer zur Beurteilung übergeben worden; er hat erklärt, daß er von Anfang bis zu Ende erlogen sei und sofort Strafantrag gegen das „Berl. Tageblatt“ gestellt. Diesem Strafantrag ist weitere Folge gegeben worden, die Sache ist nicht versumpft; Fingerausagen sind zunächst in Berlin und dann in Kamerun erfolgt. In die Kompetenz des Gerichts will ich nicht eingreifen.

Abg. Seck: Herr v. Stetten hat sich mehrfach an Herrn Direktor Kaiser gewendet und als nichts geschah, habe ich im vorigen Jahre die Sache vorgebracht; dann erst kam sie in die Presse und jetzt erst sind die Akten nach Kamerun gegangen.

Direktor v. Nischhofen: Mir gegenüber hat Herr v. Stetten anerkannt, daß der Weg der Beschwerde der richtige gewesen wäre. Abg. Schall (L.): Die steigende Branntwein-Einfuhr vermindert die Arbeitslust und Arbeitskraft der Eingeborenen.

Abg. Graf Limburg (L.): Ich bedauere, daß durch solche Mittheilungen, wie über Herrn v. Puttlamer, das Ansehen der Dinge, die sonst im Reichstags vorgebracht werden, vermindert wird.

Direktor v. Nischhofen: Die Einfuhr von Branntwein und Pulver ist mit höherem Zoll belegt worden. Wir können aber nur Hand in Hand mit den Nachbarn vorgehen, damit unsere Handelsinteressen nicht geschädigt werden.

Die Ausgaben für Kamerun und Togo werden nach weiterer unwesentlicher Debatte bewilligt.

Beim Etat für Südwest-Afrika, und zwar bei den einmaligen Ausgaben für Wege- und Wasseranlagen, spricht

Abg. Graf Arnim (Rp.) die Hoffnung aus, daß der nächste Etat die Ausgaben für eine Eisenbahn bringen werde. Wir haben den englischen Gesellschaften das Privilegium zum Bau von Eisenbahnen auf Jahre hinaus erteilt und sind nicht in der Lage, den Bau von Eisenbahnen zu erzwingen. Bis zum 14. November 1896 sollte die Gesellschaft sich erklären, ob sie die Eisenbahn ganz oder theilweise ausführen wolle. Es ist in der Denkschrift eine Lücke, ob die Gesellschaft eine Bahn bauen will oder nicht. Wenn sie darüber nicht in Zweifel gelassen würde, daß der Reichstag keine Pfandgarantie übernimmt, kann wird sie doch vielleicht auf ihre Rechte verzichten.

Die Frachtkosten, welche erspart werden, werden reichlich die Zinsen decken. Wenn die englische Gesellschaft bei Swatopmund einen Hafen anlegt, dann werden alle Häfen und aus der Hund genommen werden. Alle die Konzessionen sind für 2000 M. jährlich der englischen Gesellschaft übertragen. Ich kann nicht anerkennen, daß die Denkschrift nicht geeignet ist, den bisherigen Kolonialdirektor zu entlasten dafür, daß dem Marasthoma-Syndikat ein so großes Gebiet überlassen wurde. Es wird zu unterzogen sein, ob es wahr ist, daß diese Gesellschaft Pfandbriefe auf die Ländereien ausgegeben hat, die sie noch gar nicht besitzt. Ich hoffe, daß die Gesellschaften demnach unter die Kontrolle unserer Verwaltung gestellt werden, daß sie nicht gegen unsere Interessen sich wenden können. Ueber die Posttarife sind sehr erhebliche Beschwerden geführt. Auf Lebensmittel und auf Dynamit sind zu hohe Zölle gelegt worden. Ich hoffe aus dem Schweigen der Herren von der Linken ersehen zu können, daß sie mit meinen Wünschen einverstanden sind.

Direktor v. Nischhofen: Ich habe bis jetzt nicht gemerkt, daß die Handhabung der Rechte der Gesellschaften gegen unsere Interessen sich richtete. Die Uebertragung von Rechten auf die Territorien der Rharasthoma-Gesellschaft wird nicht verhindert werden können. Der Posttarif ist vorläufig provisorisch in Kraft gesetzt und wird auf Grund der Erfahrungen demnächst nach Beratung durch den Kolonialrath geändert werden.

Abg. Richter (sf. Sp.): Ich freue mich, daß Graf Arnim Gegner der Zölle als Lebensmittel ist, und bedauere nur, daß er sich dabei auf Südwest-Afrika beschränkte. Wir haben geschwiegen, weil unser Standpunkt bekannt ist und neue Punkte nicht angekreuzt sind. Graf Arnim irrt, wenn er meint, daß das Reich für eine Bahn Geld hergeben würde. Er hat gemeint, daß dieselben möglichst ohne Beihilfe hergestellt werden sollen. Für die Kosten afrikanischer Bahnbauten fehlt es an jedem Anhalt; das zeigt die Usambara-Bahn, auf der man allwöchentlich am Sonnabend einen Jagdzug fahren läßt. Der ganze Verkehr der Bahn wird dazu dienen, der Schutztruppe Lebensmittel zuzuföhren. Deshalb braucht man nicht einige Millionen aufzuwenden. Alle Berichte haben gezeigt, daß Entwicklungsfähigkeit im Lande gar nicht vorhanden ist.

Direktor v. Nischhofen bemerkt, daß die Dampfbahn 6-7 Mill. kosten würde.

Abg. Gasse (natl.): Die Eisenbahn muß gebaut werden, weil sie eine Verminderung der Schutztruppe möglich machen wird.

Abg. Graf Arnim: Ich halte dafür, daß die Bahngesellschaften billiger bauen als der Staat; deshalb habe ich die Staatsgarantie verlangt. Mit Ausnahme des Dünnengürtels ist das Land durchaus nach und die Bahn dahin ist billig zu bauen; ob man Pferde oder Esel oder Ochsen vorspannt, ist eine Sache späterer Erwägung.

Abg. Richter: Auf Rikenslaß sehe ich meine Behauptungen nicht, sondern auf den Geschäftsbericht der Usambara-Bahn vom 14. Oktober 1896. Merkwürdig ist, daß in diesem Bericht sich keine Ziffer findet! Bei 350 km Bahnlänge in Südwestafrika muß doch die Bahnlinie auch mit Sicherheitspersonal versehen werden. Auf jedes Kilometer ein Mann würde große Kosten verursachen.

Abg. Gasse (natl.): Für jedes Kilometer ist nicht ein Mann nothwendig; es braucht doch kein Mann der Schutztruppe zu sein, sondern kann ein Eingeborener sein.

Abg. Richter: Ob Privatgesellschaften billiger bauen als der Staat, ist eine bestrittene Frage. In Südwestafrika aber, wo jeder Privatbetrieb nur vom Reich abhängt, kann eine Pfandgarantie nie...

haupt gar keine andere Bedeutung haben, als daß das Reich selbst baut.

Im übrigen werden die Ausgaben für Südwestafrika ohne weitere Debatte genehmigt.

Schluß 5 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Gesetz betr. die Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen; Beschlagnahme des Dienstlohn; Etat des Reichsinvalidenfonds.)

Parlamentarisches.

Der Vorstand des Reichstags unterbreitet dem Reichstag den Antrag, als einmalige Ausgabe in den Etat des Reichstags einzustellen zur Projektbearbeitung für den Bau eines Präsidialgebäudes des Reichstages, sowie als erste Baubate 800 000 M. In der Begründung wird angeführt: Der Zeitpunkt für die Errichtung eines Präsidialgebäudes ist nicht mehr hinauszuverschieben, nachdem der Anlauf eines geeigneten bestehenden Gebäudes in der Nähe des Reichstagsgebäudes sich nicht hat ermöglichen lassen und in der Nähe des Reichstags nur noch ein unbebautes zweidienstliches Grundstück vorhanden ist. Nachdem das für den Bau früher in Aussicht genommene reichsfeindliche Grundstück zwischen Reichstagsplatz und Reichstagsufer als ungeeignet erkannt worden ist, soll das Präsidialgebäude auf dem etwa 1600 Quadratmeter großen Grundstück zwischen Sommerstraße und Reichstagsufer errichtet werden. Die auf 790 000 M. veranschlagten Baukosten sind auf den Etat des Reichstags zu übernehmen und als einmalige Ausgabe einzustellen.

Die Kommission zur Vorberathung der Unfallversicherungs-Novelle gelangte in ihrer gestrigen Sitzung bis zu § 40. Aus der Verhandlung heben wir folgendes hervor. Das Gesetz schreibt vor, daß die Vorstandsstellen in den Berufsgenossenschaften u. u. s. o. b. e. l. d. e. t. e. Ehrenämter sein sollen. Auf Vorschlag der damaligen Reichstagskommission ist aber hinzugefügt, daß statutarisch eine Entschädigung für Zeitverräumnis festgesetzt werden könne. Daraus haben einige Genossenschaften das Recht für ihre Vorstände in Anspruch genommen, mit 10 000, 12 000, ja 15 000 Mark jährlich Vorstandsmitglieder zu besolden. Diesen Zustand hielt nur der Abg. Paasche (natl.) für lobenswerth. Alle anderen Kommissionsmitglieder waren anderer Ansicht und lehnten einen Antrag des Herrn Paasche, diesen ungesetzmäßigen Zustand zu einem gesetzlich anerkannten zu machen, ab. Linke Genossen betonten den Widerspruch, auf der einen Seite von ehrenamtlichen unbesoldeten Posten zu sprechen und auf der anderen Seite unter dem Namen von Zeitverräumnissen ungeheure Besoldungen einzuführen, aber gegen Arbeiter, die für ihre wirkliche Zeitverräumnis Entschädigung begehren, gar mit Betrugsanklagen vorzugehen. Sie beantragten die Zeitverräumnis überhaupt nicht entschädigen zu lassen, eventuell aber nur die Sätze, die nach der Gebührenordnung für Zeugen gelten, in Anwendung bringen zu lassen. Diese Anträge wurden abgelehnt. Es gelangten aber dann andere Anträge in ähnlicher, sehr abgeschwächter Richtung zur Annahme. Sie gehen dahin, daß das Reichs-Versicherungsgesetz fortan berechtigt sein soll, die Zeitverräumnislisten herabzusetzen und, daß besoldete Vorstandsmitglieder nicht ernannt werden dürfen. Berner wurde zu § 85 ein von unseren Genossen gestellter Antrag angenommen, nach dem fortan in jedem Betriebe die Berufsgenossenschaft, zu der der Betrieb gehört, und die Adresse des Vorstandes der Berufsgenossenschaft durch Aushebung bekannt gemacht werden muß. Zu § 87 wurde die von der Vorlage dahin beehrte Änderung, daß fortan nicht mehr in jedem Falle, sondern nur in Besonderefällen das Reichs-Versicherungsgesetz über die Zugehörigkeit eines Betriebes zu einer Berufsgenossenschaft entscheiden soll, auf Anregung unserer Genossen abgelehnt. — Die nächste Sitzung findet am Mittwoch um 10 Uhr vormittags statt.

Diätenantrag. Die freisinnige und süddeutsche Volkspartei haben die folgende Resolution zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1897/98 gestellt: Der Reichstag wolle beschließen: den Bundesrath zu ersuchen, eine Abänderung der Reichsverfassung — Art. 82 — in dem Sinne herbeizuführen, daß die Mitglieder des Reichstags aus Reichsmitteln Diäten und Reisekosten erhalten.

Der Berliner Arbeitervertreter-Verein hat an den Reichstag eine umfangreiche Petition gesandt, die eine Reihe sehr beachtenswerther Vorschläge zur Novelle der Unfallversicherungs-Gesetze enthält. Die Begründung der einzelnen Forderungen, die aus der reichen Erfahrung praktischer Thätigkeit der Mitglieder aus den Schiedsgerichten und dem Reichs-Versicherungsgesetz geschöpft sind, dürfte mit Recht beanspruchen, bei den Beratungen in der Kommission beachtet zu werden.

Aus der Zeitschrift über die Ausführung des Gesetzes, betr. die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen für das Jahr 1896 ergibt sich, daß der Ansiedlungskommission im letzten Jahre 81 Güter und 27 bäuerliche Grundstücke, darunter 25 Güter und 19 bäuerliche Grundstücke aus polnischer Hand, zum freihändigen Verkauf angeboten sind. Davon sind 7 Güter mit einem Gesamtflächenraum von 8519,85 Hektar erworben worden, gegen das Vorjahr ein Weniger von 4046,55 Hektar. Der Einkauf mußte eingeschränkt werden, weil der 1886 bewilligte Ansiedlungsfonds allmählich erschöpft ist. Der durchschnittlich gezahlte Erwerbserlös stellt sich auf 648 M. für 1 Hektar gegen 571 M. im Jahre 1895. Da die meisten Güter in einem sehr heruntergewirtheiten Zustande übernommen werden müssen, so stellen sich die hierfür gemachten Aufwendungen verhältnismäßig hoch. Der Netto-Aufwand für die bisherigen neun Geschäftsjahre beläuft sich auf 4 633 238 M. Der Inventarwerth betrug am 30. Juni 3 690 678 M. Im Durchschnitt entfallen auf einen Ansiedler 17,56 Hektar mit einem Schätzungswert von 11 205 M. Der Abrechnung nach sind 808 Ansiedler aus den Ansiedlungsprovinzen, 1086 aus dem übrigen Deutschland und 81 außerhalb Deutschlands. Durch freiwilligen Vertrag sind im Berichtsjahre 39 Besitzwechsel vorgekommen; ob hierbei Gewinne erzielt oder Verluste eingetreten sind, läßt sich nur in wenigen Fällen mit Sicherheit ermitteln.

Im preussischen Abgeordnetenhaus haben zahlreiche konservative, freikonservative, nationalliberale und Zentrumsabgeordnete folgende Interpellation eingebracht: Beachtlich die Regierung zum Schutze des Betriebes der heimischen Eichenhölzereien auf die baldmöglichste Einführung eines wirksamen Schutzgesetzes auf Quebrachholz und auf die Extrakte und Präparate dieses Holzes hinzuwirken? Im Verneinungsfalle: Mit welchen Mitteln und Maßregeln beabsichtigt die Regierung jene Waldungen, welche zur Erhaltung sowohl unserer Weidkraft, als unserer Kleinbauern und zahlreicher Gerbereibetriebe unentbehrlich sind, vor dem durch die gossfreie Einfuhr von Quebrachholz drohenden, heute bereits in die Erscheinung tretenden Untergang zu bewahren?

Partei-Nachrichten.

Die Parteikonferenz des Kreises Oberharz, die kürzlich in Strausberg tagte, beschloß, die „Brandenburger Zeitung“ im Kreise einzuführen, ferner bei Streiks u. u. s. o. nur diejenigen Listen zirkulieren zu lassen, die vom Kreisvertrauensmann argeantempelt sind. Ein Antrag, daß mindestens einmal im Jahre ein Flugblatt im Kreise verbreitet werden solle, wurde mit dem Zusatz angenommen: soweit ein Bedürfnis hierfür vorhanden ist. Genosse Schuler aus Berlin, der im Auftrage der Agitationskommission der Provinz Brandenburg anwesend war, erklärte, daß diese von jetzt ab die Referenzen für die Postämter des Kreises nicht mehr einschickten werde; die besserstimmten Orte sollten in dieser Beziehung für die weniger gut gestellten eintreten. Die nächste Kreis-Konferenz wird in Wriezen abgehalten.

Die drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs hatten am Schluß des vorigen Jahres zusammen 12 218 Mitglieder, darunter 548 Frauen. Der Verein für den ersten Wahlkreis hatte 3155 Mitglieder; die Einnahme betrug 22 657,97 M., die Ausgabe

22 318,80 M. Der Verein für den zweiten Wahlkreis zählte 2816 Mitglieder; die Einnahme belief sich auf 14 128,02 M., die Ausgabe auf 13 473,65 M. Die Mitgliederzahl des Vereins für den dritten Wahlkreis war 6262; die Einnahme betrug 34 945,48 M., die Ausgabe 33 941,05 M.

In den drei Vereinen sind die einzelnen Berufe wie folgt vertreten: Arbeiter 3291, Bäcker 51, Barbier und Friseur 96, Bediente 86, Bildhauer 17, Blochmacher 7, Brauer und Bierführer 17, Brothändler 55, Bäckermacher 18, Buchbinder 63, Buchdrucker und Schriftsetzer 166, Chemiker 1, Dachdecker 14, Drechsler 93, Ewerführer 106, Färber 7, Fischer 4, Förner 51, Gärtner 50, Gerber 49, Glaser 13, Glasmacher 39, Gold- und Silberarbeiter 41, Gärtler und Gelbgießer 36, Gypfer und Studanten 45, Händler 294, Hauswirth und Komtoirboten 136, Heizer 80, Holzspanthelmacher 3, Holzmacher 5, Kaufleute 100, Keller 54, Klempner und Mechaniker 213, Kolorierte 8, Korbmacher 133, Korbschneider 6, Ripper 97, Rüstner 8, Kupferschmiede 15, Kutscher 128, Lithographen und Steinbruder 26, Maler und Lackierer 197, Maschinen- und Maschinenbauer 167, Maurer 1285, Milchhändler 13, Müller 5, Musiker 64, Optiker 2, Posaumentler 2, Sattler 16, Segelmacher 2, Schiffer und Seeleute 56, Schiffszimmerer 111, Schlächter 27, Schleifer 20, Schlosser 315, Schmiede 179, Schneider 464, Schornsteinfeger 5, Schreiber und Zeichner 28, Schriftsetzer und Redakteure 9, Schuhmacher 382, Steinbrügger 137, Steinhauer 82, Stellmacher 45, Tapezierer 68, Tischler, Stuhl- und Instrumentenmacher 879, Töpfer 88, Uhrmacher 8, Wirth 518, Weinfriseur 4, Zigarfabrikanten 352, Zigarillenfäher 1, Zeitungspedeleure 1, Zimmerleute 487, unbekanntes Gewerbe 45 und Frauen 528.

Aus der Schweiz. Die Genossenschaft „Vorwärts“ in Basel hat, nachdem Genosse Brandt abgethan, nimmere den Genossen Arnold in Basel, Redakteur der „Helvetischen Typographie“, zum Redakteur des Basler „Vorwärts“ gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches u.
— Wegen unbefugter Verbreitung von Druckschriften erhielten die Genossen Reimann und Varentin in Berlin seinerzeit einen Strafbefehl in Höhe von 20 M. oder 6 Tagen Haft. Das Vergehen sollte dadurch begangen sein, daß die genannten in Königsberg in der Reumarkt bei einer Agitationstour den „Märkischen Volksboten“ verbreiteten. Wie bei Anrufung richterlicher Entscheidung im Termin festgestellt wurde, hat die Verbreitung nicht an öffentlichen Orten stattgefunden und mußte demzufolge Freisprechung eintreten.

— Uebermäßig geschlossen vor Gericht geführt wurde aus dem Gefängnis in Halle a. S. der Genosse Mannigel, Redakteur am „Volksblatt“. Es handelte sich um eine Sitzung des Landgerichts, das als Berufungsinstanz über mehrere gegen Mannigel ergangene Urtheile entscheiden sollte. Die Verhandlung wurde bis zur Erledigung des Termins ausgesetzt, der zum 27. Februar gegen die Genossen Ad. Thiele und Mannigel ansetzt. Daß der genannte Parteigenosse und Redakteur fortgesetzt geschlossen vor Gericht geführt wird, zeigt, daß System in der Sache liegt.

— Wegen Beleidigung eines Polizeikommissars in Wiesbaden und des Hauptmanns v. Wesser in Woldenburg ist Genosse Gerhardt in Breslau als verantwortlicher Redakteur der „Volkswacht“ zu 200 M. Geldstrafe und 6 Wochen Gefängnis verurtheilt. Diese Erkenntnisse sind jetzt rechtskräftig, da das Reichsgericht die Revision verworfen hat.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Dachdecker und Berufsgenossen Berlins! Die unterzeichnete Kommission wendet sich mit der Aufforderung an Euch: schließt Euch der am Orte bestehenden Organisation an. Es ist geradezu beschämend für uns, daß von 1800 Dachdeckern nur etwa 200 organisiert sind. Warum ist unsere vorjährige Lohnbewegung gescheitert? Einzig und allein, weil wir so schwach organisiert waren. Kollegen, kostet Euch nicht an Personen, habt Ihr gegen irgend einen etwas einzuwenden, so kommt und tragt Eure Wünsche oder Beschwerden vor, und es wird so viel wie möglich für Beseitigung etwaiger Uebelstände gesorgt werden. Nur wenn wir vereint kämpfen, werden wir in der Lage sein, uns bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Denkt nicht: ohne mich wird es schon gehen. Nein, ein jeder hat am Plage zu sein und seine Schuldigkeit zu thun, denn vereint können wir alles, vereinzelt aber nichts erreichen. Deshalb tretet Mann für Mann der Organisation, dem Verband der Dachdecker Deutschlands bei. Die Agitations-Kommission.

Achtung, Steinarbeiter! In Straßburg wurden am 20. Februar gegen 200 Kollegen von der Arbeit ausgeperrt, weil sie sich weigerten, eine Platz- und Arbeitsordnung zu unterschreiben, die sie zu willenlosen Sklaven der Unternehmer gemacht hätte. Wir ersuchen die Kollegen, uns moralisch dadurch zu unterstützen, daß sie Straßburg so lange meiden, bis der Kampf entschieden ist. Das Agitationskomitee der Steinarbeiter Straßburgs.

Der Verband der Steinwerker (Pflasterer) und Berufsgenossen wird sich auf seiner nächsten Generalversammlung, die im Februar 1898 in Magdeburg abgehalten wird, mit der Frage der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung befassen. Der Zentralvorstand hält es für selbstverständlich, daß die Arbeitslosen-Unterstützung nicht während des Winters gezahlt wird, wo die Steinwerker wegen der Witterung wenig oder gar nicht arbeiten können und darum auch von den Beiträgen zum Verbandsbeitrag frei sind, sondern nur während der Arbeitsperiode von März bis November. Um nun für den Antrag auf Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung eine feste Grundlage zu haben, unternimmt der Zentralvorstand eine Ermittlung der Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern in einer sehr einfachen Art. Jedes Mitglied bekommt eine Karte, auf welche in tabellarischer Form die Monate März bis November mit den erforderlichen Feldern für die Tage des betreffenden Monats gedruckt sind. Das Mitglied hat weiter nichts zu thun, als die Tage, wo es während dieses Jahres arbeitslos sein wird, in dem betreffenden Felde der Karte durch einen Strich zu bezeichnen. Die durch Krankheit und Streik verursachte Arbeitslosigkeit ist noch summarisch anzugeben. Sofort nach Schluß des Monats November hat jedes Mitglied die Karte an den Zentralvorstand zu senden.

Die deutschen Fellenhauer werden ersucht, Arbeitsangebote des Fellenfabrikanten H. Heilmann in Christiana in Norwegen nicht anzunehmen. Das Personal dieses Unternehmers wird am 27. Februar die Arbeit einstellen, da er sich nicht dazu verstehen will, eine von den Arbeitern verlangte, durchaus nicht übermäßige Erhöhung des Tarifs zu bewilligen.

In Halle a. S. stehen, wie aus ein Privattelegramm meldet, sämtliche Holzbildhauer der Firma Lih wegen Maßregelung zweier Kollegen im Streik. Zugug ist streng fernzuhalten.

In Weichenfeld hat sich die Lage wieder verschärft. Der Fabrikant Laszig kündigte 12 Zwidern, was solche Erbitterung hervorrief, daß er es für gut fand, Polizei zu requirieren. Auch unter den übrigen Schuhmachern ist die Aufregung über die Kündigungen allgemein.

Zugug nach Lübeck ist wegen des Streiks bei Thiel u. Komp. noch immer fernzuhalten. Wir machen die Metallarbeiter hierauf eindringlich aufmerksam, da sich wieder Agenten dieser Firma zur Anwerbung von Arbeitern hier befinden.

Die Holzarbeiter Eberfelds beschloßen, den Unternehmern bis 1. März folgende Forderungen vorlegen zu lassen: Reinständige Arbeitszeit unter Beibehaltung des bis jetzt gezahlten Lohnes, beziehentlich 10 pCt. Zuschlag bei Stunden- und Akkordarbeit; 25 pCt. Zuschlag für Ueberstunden, sowie Sonntagsarbeit und für Umzüge; die Stunde 60 Pf.; wöchentliches Zahlung und zwar Freitag vor Beendigung der Arbeitszeit. Die Eberfelder Zählstelle des Holz-

arbeiter-Verbandes hatte in den letzten zwei Wochen einen Zuwachs von ca. 100 Mitgliedern zu verzeichnen.

In Sontheim haben die Zwieler der mechanischen Schufabrik Sontheim-Heilbronn (Wolfs u. Comp.) die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderungen nach kürzerer Arbeitszeit, höherem Lohn und kostenloser Lieferung der Journituren abgelehnt worden sind. In einem Zirkular ersucht nun die genannte Firma die deutschen Schufabrikanten, die streikenden Arbeiter während der Dauer des Ausfalls nicht einzustellen. Dem Zirkular ist eine Liste beigefügt, die die Namen von 33 Arbeitern enthält.

Die Klavier- und Harmoniumarbeiter Stuttgart's, deren Zahl etwa 1000 beträgt, haben eine Fachsektion des Holzarbeiter-Verbandes gegründet. Bis vor einiger Zeit kümmerten sie sich um die Arbeiterbewegung soviel wie gar nicht.

Aus der Schweiz. Die Gründung eines Zentral-Verbandes der schweizerischen Zollbeamten ist auf einer Konferenz in Zürich beschlossen worden.

Soziales.

Die Bäckermeister Hannovers hielten vor einigen Tagen eine Versammlung ab, wo gegen die Verordnung des Bundesraths Stellung genommen werden sollte. Sie hatten auch die Gesellen eingeladen. Erschienen waren etwa 100 Meister und circa 300 Gesellen. Die Meister, die sich wenigstens der Zunftgenossen sicher glaubten, mußten die Enttäuschung erleben, daß eine Resolution für Aufhebung der bundesrathlichen Verordnung mit 2/3 Majorität abgelehnt wurde. Dagegen nahm die Versammlung eine Resolution an, laut welcher das Stadt-Polizei-Kommando ersucht wird, den Bäckerbäuerlingen nur da Platzzugeben, wo die Räume allen Anforderungen der Hygiene entsprechen. Das Motiv für Einbringung dieser Resolution seitens der Meister war sicherlich nicht ganz frei von Konkurrenzneid. Das thut aber der Berechtigung derselben keinen Abbruch.

Ueber die Arbeitsverhältnisse in Bäckereien Hannovers veröffentlicht der „Volkswille“ einiges Material, daß durch eine von den organisierten Bäckergehilfen vorgenommene Enquete beschafft worden ist. Von 335 ausgegebenen Fragebogen sind zwar nur 81 zurückgekommen, das Ergebnis der Enquete ist also nicht weniger als vollständig, dennoch genügt es, um den Schluß zu rechtfertigen, daß die Verhältnisse in den Bäckereien Hannovers ebenso spottschlecht sind, wie überall. Einige Beispiele werden dies darthun. In 22 Schlafkammern, fast der Hälfte derer, über welche berichtet wird, kommen auf die Person weniger als 10 Kubikmeter Luftraum, während 15 Kubikmeter das mindeste sind, was für einen erwachsenen Menschen verlangt werden muß. Sogar Kammern mit nur 4 Quadratmetern Bodenfläche sind vorhanden. Daß 21 Schlafkammern mit dem Weichboden, der Badstube und dem Badhaus in direkter Verbindung stehen, sei nur nebenbei erwähnt. In 40 Bäckereien sind Gesellen, Bediente und Hausburschen gezwungen, das Bett mit einander zu theilen; 108 Personen müssen auf diese Weise zu zweien in einem Bett schlafen. In 15 Bäckereien werden die Schlafräume nicht einmal täglich gekehrt. In 26 Schlafräumen gibt es keine Wassereinrichtung.

In den Bäckereien Stuttgart's wurden im vergangenen Jahre 717 polizeiliche Revisionen vorgenommen. In 112 Fällen mußte gegen die Bäckermeister eingeschritten werden, davon in 54 Fällen wegen Hautkrankheiten des Badpersonals.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Coblenz, 22. Februar. (B. L. B.) In dem Dorfe Mülheim bei Coblenz erfolgte heute früh ein großer Bergsturz. Der Abhang des Rüdenacher Berges geriet in Bewegung und überschüttete die ganze Straße. Mehrere Häuser sind, da Einsturzgefahr droht, geräumt worden. Einzelne Felder sind ebenfalls verschüttet, die Wege sind unpassierbar geworden oder vermintet.

Paris, 22. Februar. (B. L. B.) [Anfang der Depesche siehe unter Kreta.] Nach Willkür bestieg der Minister des Aeußern Hanotaux die Tribüne.

Derselbe beginnt seine Rede mit dem Nachweis, daß die französische Diplomatie nicht gleichgiltig geblieben sei bei den Bestrebungen, Reformen in der Türkei durchzuführen. Aber alle Regierungen wollten den Frieden und Frankreich hätte nicht allein die Verantwortlichkeit für die Zwangsmahregel übernehmen können. Der Minister fügt hinzu, in der kritischen Frage sichere die Befragung Kretas durch die Flotten der Mächte im Voraus die Autonomie Kretas. Die Gegenwart der vereinigten Flotten sei die Gewähr dafür, daß seine Macht in der kritischen Frage sofort handeln werde. Kreta werde nicht unter der direkten Verwaltung der Türkei bleiben.

Nach dem Minister Hanotaux sprach Jaurès, welcher der Regierung vorwarf, daß sie nicht zur rechten Zeit die Reformen verlangt habe und durch ihre Gleichgiltigkeit habe Blut vergießen lassen. Was Kreta anbetrifft, so komme England die Ehre zu, die Autonomie für die Insel verlangt zu haben, und Griechenland allein sei es, dem man die erste Intervention der Mächte zu gunsten Kretas verdanke. Seiner Ansicht nach sei der Minister Hanotaux wegen seiner verspäteten Intervention die einzige Kriegsgeschichte. (Widerspruch in der Mitte.) Schließlich wurde eine Tagesordnung, welche die Erklärungen der Regierung bündigt, mit 413 gegen 88 Stimmen angenommen.

London, 22. Februar. (B. L. B.) Unterhaud. Der Parlamentarische Untersekretär des Aeußern, Curzon, erklärte, die Insurgenten außerhalb Kanakas haben, ungeachtet der Ermahnungen seitens der Admirale, welche nach ihren Instruktionen für den Frieden in Kanaka verantwortlich sind, gestern ihren Angriff auf die Stadt erneuert. Das internationale Geschwader hatte deshalb keine andere Wahl, als mit Gewalt die Fortsetzung des Angriffs zu verhindern (Witzrufe bei der Opposition), was es demgemäß auch that. (Erneute Aulse seitens der Opposition, Weisfall bei den Ministerialen.) Das Feuer dauerte nur einige Minuten.

Unter den gegenwärtigen Umständen halte es die Regierung, für unwahrscheinlich, daß die Mächte erwägen würden, ob es wünschenswerth sei, den griechischen Streitkräften die Aufgabe zu übertragen, die Ordnung auf Kreta aufrecht zu erhalten.

Balfour erklärte: In diesem Augenblicke ist es der durchank einstimmige Wunsch jeder der Großmächte, alles, was einen Krieges gleich, zu vermeiden. Keinerlei persönlicher Ehrgeiz hielt diesen Wunsch entgegen, noch besteht Wahrscheinlichkeit, daß dies geschehen könne. Und wenn sie nun sehen, wie die Herren dieser geflohenen Heere selber von der tiefsten Besorgnis erfüllt sind, daß ein Krieg erklärt werden könnte, und daß diese schlachtbereiten Gegner aufeinander losgelassen werden sollten, — da wird man nicht sagen, daß diese Besorgnungen illusorisch seien. Die ausgesprochenen Befürchtungen werden von jedem verantwortlichen Staatsmann in ganz Europa getheilt.

Nach Balfour ergriff Harcourt das Wort und sagte, augenscheinlich sei das Ziel der Regierung, die Herrschaft der Türkei über die Insel gegen den Willen der Kreter ausrechterhalten. Es scheine, daß, während Griechenland sich mit den Russen vereinigt, die britische Regierung sich den Türken anschließen habe.

Labouchere beantragte eine Vertagung des Hauses, um die Aufmerksamkeit desselben auf die Thatsache zu lenken, daß griechische Streitkräfte von englischen Schiffen beschossen worden sind. Er protestirte bestig gegen das Vorgehen der Schiffe und glaubt, daß das englische Volk den bestimmten Willen habe, daß die Regierung weder auf diplomatischem Wege noch mittels der Waffen in irgend einem Theile des türkischen Reiches zu gunsten der Türken einschreite.

Nach weiterer dreißigminütiger Debatte wurde der Antrag Labours here's mit 243 gegen 125 Stimmen verworfen.

Tanger, 21. Februar. (Melbung der „Agence Havas.“) Die Ermordung des deutschen Kaufmanns Pöhner ist von einer wohlorganisierten Bande begangen worden. Auf das Geständnis des getötenen verhafteten Arabers sind mehrere Spanier in Haft genommen worden.

Die Tage in Hamburg.

Unser Korrespondent schreibt: In zwei stark besuchten Versammlungen der schwarzen Schauerleute resp. der weißen Schauerleute, Salpeterarbeiter und Korn-Akkordarbeiter wurde am Sonntag Mittag Bericht erstattet über die Sonnabend-Verhandlungen der Kommission der schwarzen Schauerleute mit den Importeuren englischer Kohlen, resp. der Bierkommission der gesamten Schauerleute mit der Senatskommission und den vier Deputirten der Stauer. Details über die Verhandlungen mit der Senatskommission wurden nicht mitgeteilt, weil sich alle, die an der Sitzung teilnahmen, verpflichtet haben, zu schweigen. Ueber die Verhandlungen werden jedoch eingehende Protokolle ausgenommen — vier Protokollführer mit ebensoviel Stellvertretern nahmen an der Sitzung teil und diese Protokolle sollen nach Abschluss der Verhandlungen veröffentlicht werden.

Die Versammlung der weißen Schauerleute und Korn-Akkordarbeiter beschloß, daß die Arbeiterdeputirten für den von den Städtg-Arbeitern aufgestellten Tarif und für die Beibehaltung der Akkordarbeit für die Korn-Akkordarbeiter, resp. für Erhöhung des Tagelohns der letzteren Arbeiterkategorien eintreten sollen. Die nächste Sitzung mit den Stauer und der Senatskommission ist voraussichtlich Montag oder Dienstag. In der Versammlung der schwarzen Schauerleute (Kohlen-Akkordarbeiter) machten sämtliche Mitglieder entschieden Front gegen die Forderung der Kohlenimporteure, daß das von den Schauerleuten geleistete Arbeitsquantum nach englischem Maß — also danach, wie das Quantum in den Konnossementen angegeben ist — berechnet werden soll, weil englische Tons erheblich größer sind als deutsche und damit die Arbeiter um den Lohn eines Theiles ihrer Arbeitsleistung, die sie unter Zustimmung der Stauer und Importeure in dem vor dem Streik geltenden Tarif nach deutschen Tons bewerteten haben, geschädigt würden. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß die Lohnkommission der schwarzen Schauerleute in der nächsten Sitzung mit den Importeuren, die voraussichtlich am Montag oder Dienstag stattfinden, entschieden auf Anerkennung des Lohns vom 15. Juli v. J. der bis zum Ausbruch des Streiks gültig war, sowie für eine anderthalbstündige Mittagspause und dafür eintreten soll, daß die Arbeit nie vor fünf Uhr morgens beginnen darf. Falls die Importeure auf diese Bedingungen eingehen, ist die Lohnkommission ermächtigt, den Tarif im Namen der schwarzen Schauerleute für ein volles Jahr anzuerkennen, und zwar soll derselbe gelten vom 1. März 1897 bis Ende Februar 1898. Falls bis zum letzten Dezember 1897 weder von Unternehmern noch Arbeitern Einwendungen gemacht sind, gilt der Tarif auch für das folgende Jahr. Diese zweimonatige Kündigungsfrist schlagen die Arbeiter vor, um den Importeuren, die ihre Geschäfte meist im Januar oder Februar mit England abschließen, die Möglichkeit zu geben, etwaige Neuforderungen der Arbeiter bei ihren Geschäftsabschlüssen in Rechnung ziehen zu können.

Der Verein der Stauer hat von dem Arbeitgeber-Verbande die Weisung erhalten, energisch darauf zu dringen, daß die Schauerleute den bekannten Revers unterschreiben, ehe sie in Arbeit gestellt werden. Der genannte Verein hat deshalb am Freitag an seine Mitglieder folgendes Schreiben gerichtet:

Wir theilen Ihnen hierdurch mit, daß am Montag den 22. Februar kein Stauer Revers annehmen darf, welche nicht im Besitz einer mit dem Stempel unseres Vereins und mit der Unterschrift unseres Sekretärs Hoffmann versehenen Karte sind. Wir ersuchen Sie daher dringend, Ihre Leute, soweit dieselben eine diesbezügliche Karte noch nicht haben, sofort zu veranlassen, nach unserem Bureau, Steinböf Nr. 11, zu gehen, um sich daselbst eine derartige Karte zu lösen. Dasselbe wird am Sonntag von früh bis spät abends geöffnet sein, worauf wir noch besonders aufmerksam machen. Wir erwähnen auch noch, daß Sie diesen Revers unter keinen Umständen außer acht lassen dürfen. Der Vorstand. Unter Hinweis auf dieses Schreiben verlangen die Stauer, daß die Schauerleute den Revers unterschreiben sollen. Beide Versammlungen der Schauerleute beschloßen jedoch einstimmig, den Revers unter keinen Umständen zu unterschreiben und es am Montag Morgen ruhig darauf ankommen zu lassen, ob sie vom Ausguck mitgenommen würden oder nicht.

Mit dem letzten Sonnabend sind die letzten importirten Arbeitsmänner aus den Massenquartieren an Land und an Bord des Dampfers „Reichstag“, von wo sie durchaus nicht weggehen wollten, verschwunden. Es ist ihnen aufgegeben, sich Einzellogis an Land zu suchen, falls sie beabsichtigen, im Hafen weiter zu arbeiten. Die meisten gingen aber gar nicht auf die Suche nach einem Logis, sondern reisten sofort von Hamburg fort.

Am Freitag hat man damit begonnen, das Eis der Bille, und am Sonnabend das Eis der Alster aufzubrechen. Hoffentlich gelingt es noch in dieser Woche, diese Wasserstraßen fahrbar zu machen. In diesem Falle würden einige tausend Hafenarbeiter aller Branchen, besonders aber Ewerfahrer, die jetzt noch keine Arbeit wieder haben, wieder eingestellt werden können.

Unser Hamburger Korrespondent schreibt ferner: Die Schauerleute wurden heute Morgen, trotzdem sie sich geweigert hatten, den bekannten Revers zu unterschreiben und trotzdem sie daher keine vom Bureau der vereinigten Stauer ausgestellte und abgestempelte Karte hatten, ruhig eingestellt. Von den Städtg-Arbeitern, Salpeterarbeitern und Korn-Akkordarbeitern haben allerdings mehrere den Revers unterschrieben, und zwar auch noch im Laufe des heutigen Tages. Die schwarzen Schauerleute führen den Beschluß jedoch entschieden durch; trotzdem wurde niemand von ihnen entlassen und heute Morgen wurde eine ganze Anzahl zur Löschung frischer Schiffe neuergestellt.

Eine Sitzung der Importeure englischer Kohlen und der Lohnkommission der schwarzen Schauerleute fand heute nicht statt. Dagegen hatte die Senatskommission mit der Kommission der Stauer und der Schauerleute eine Sitzung. Die Beratungen erstreckten sich bis in die Nachmittagsstunden hinein, ohne bis jetzt zu einem Abschluß zu gelangen.

In den Geschäftsräumen von Auer u. Ko. und der Wohnung des Genossen Carl Landahl, früherer Staatsquartierarbeiter, wurden heute Hausdurchsuchungen vorgenommen. Gesucht wurde nach dem Manuskript eines in voriger Woche verbreiteten Flugblattes, das bei Auer u. Ko. hergestellt und von Landahl als verantwortlicher Verleger gezeichnet war. Landahl wurde im Strafjustizgebäude von zwei Polizeibeamten in Empfang genommen, als er aus dem Sitzungssaale des Schöffengerichts III heraustrat, wo er sich wegen angeblichen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung verantwortet hatte. Das Resultat der Hausdurchsuchung an beiden Stellen war selbstverständlich gleich Null.

Lokales.

Die Parteigenossen des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises werden auf die heute Abend im Lokal des Herrn Edward Rühlke, Dönnewitzstraße 18, stattfindende öffentliche Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins aufmerksam gemacht, in welcher Stadtverordneter Jubel über Vorgänge in der städtischen Verwaltung sprechen wird.

Die Namen der 65 Stadtverordneten, welche am Donnerstag für die Bewilligung der 120 000 Mark zur patriotischen Ausschmückung der Feststraße vom Lustgarten bis zum Denkmal Friedrichs II. stimmten, werden jetzt im Gemeindefest veröffentlicht. Die Herren, welche sich auf Kosten der Steuerzahler eine derartige Spendabilität geflatteten, heißen: Alt, Baumann, Baumgarten, Bergemann, Buchow, Cassel, Eisolt, Edmann, Fröhndrich, Förster, Frembel, Friedländer, Emil Gehrde (I), George, Wilh.

Geride (I), Dr. Gerstenberg, Giese, Häfede, Hammerstein, Hauer, Hellmann, Herbig, Dr. Hermes, Dr. Hornitz, Jordan, Kallmann, Langenbacher, Dr. Langerhans, Lemde, Dr. Leo, Liebenow, Liebermann, Lucas, Ribben, Temp, Weiskner, Mentel, Rehtens, Meyer, Rühlke, Dr. Rühlke, Mosch, Müller, Wundel, Rast, Reichnow, Reif, Louis Sachs (I), Hugo Sachs (II), Salge, Scheidina, Schem, Schneider, Dr. Schwalbe, Seibert, Spinola, Dr. Strud, Sutter, Talle, Törner, Ulrich, Weber, Wiese, Winkler. Eine größere Anzahl von Stadtverordneten hat es vorgezogen, der interessanten Abstimmung fernzubleiben.

Ueber die Bauhätigkeit im vorigen Jahre läßt sich der soeben herausgegebene Jahresbericht des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine wie folgt aus: Die Bauhätigkeit innerhalb des Berliner Reichthums ist im Jahre 1896 mit 342 Neubauten eine wesentlich regere gewesen als im Vorjahre, in welchem die Zahl der Neubauten nur 267 betrug. Trotz dieser größeren Bauhätigkeit scheint sich die Zahl der Leerstehenden Wohnungen, deren Statistik zur Zeit noch nicht veröffentlicht ist, nach Schätzungen Sachverständiger neuerdings vermindert zu haben. Ohne Frage hängt das zum Theil mit der erheblichen Zunahme der Bevölkerung im Laufe des verflossenen Jahres zusammen. Auch das seit dem Jahre 1888 beobachtete Fallen der Miethspreise scheint ein halt gefunden zu haben. Die Zahl der Zwangsversteigerungen im Jahre 1896 (384) hat zwar die der Jahre 1895 (388) und 1894 (440) nicht erreicht; doch ist wohl anzunehmen, daß eine nicht unerhebliche Zahl von Grundstücken den Händen der schwachen Besitzer unter Vermeidung der Subhastation entwandten worden ist. Die infolge von Zwangsversteigerungen ausgefallenen Hypotheken erreichten im verflossenen Jahre wieder die Höhe von 44 Millionen Mark gegen 40 Millionen im Jahre 1895 und 58 Millionen im Jahre 1894 — eine Thatsache, die jedenfalls dafür spricht, daß die Verhältnisse des Berliner Grundbesitzes noch keineswegs als gesund bezeichnet werden können.

Die diesjährige Schnee-Absuhr aus den Straßen Berlins, die jetzt nahezu beendet ist, die umfangreiche, welche die Reichshauptstadt bis jetzt zu bewältigen hatte. Es wurden insgesamt 600 000 Kubikmeter Schnee abgefahren, für welche ungeheure Menge die üblichen Abfahrplätze nicht ausreichten, so daß der Schnee auch nach den Rasenflächen der städtischen Anlagen geschafft werden mußte. Die Kosten für die Absuhr beziffern sich auf ca. 880 000 M.; an Löhnen für Hilfsarbeiter wurden nur etwa 180 000 M. ausgegeben. Die Gesamtkosten für die Schneereisezeitung dürften ca. 600 000 M. betragen. Die Große Pferdebahn-Gesellschaft hat an Löhnen für die zur Freilegung der Gasse benötigten Arbeiter leider nur 70 000 M. ausgegeben brauchen. Sollte sich kein Mittel finden lassen, diese Gesellschaft, die auf Kosten der Steuerzahler 15 pCt. Dividende schließt, stärker zu den Kosten für Straßenreinigung heranzuziehen?

In der Hofkottierung der sozialistischen Zeitschriften durch den Rektor der Universität wird der „Zeit“ noch geschrieben: Der Rektor der Universität hat auf den Protest des Direktoriums der akademischen Versammlung wegen der Entlassung der beiden sozialistischen Zeitschriften nun geantwortet. Obwohl er nach den Statuten verpflichtet wäre, zu einer Satzungsänderung eine gemeinschaftliche Sitzung des Kuratoriums und des Direktoriums herbeizuführen, begnügte er sich damit, durch ein Rundschreiben eine Meinungsäußerung der Kuratoriumsmitglieder herbeizuführen. Daß diese in seinem Sinne ausgefallen ist, ist nicht zu verwundern. Nicht merkwürdig ist aber, daß der Rektor sich auf den Spruch eines Kuratoriums stützt, daß nach dem Tode von v. Treitschke und Bardeleben nicht mehr möglich ist und dessen Beschlußfähigkeit daher mindestens zweifelhaft ist. Das Direktorium der Versammlung hat es in öffentlicher Sitzung als selbstverständlich erklärt, daß die Februararbeit der betr. Zeitschriften wiederum ausgelegt werden. — Der Verlauf der rothen Hefte ist natürlich ins Grenzenlose gestiegen. Jeder Student sucht in den Besitz der gemeingefährlichen Dinger zu kommen, und so machen die fliegenden Händler vor der Universität die besten Geschäfte und loben den Rektor über alle Maßen.

Ein Barrillonkandal in Graz. Wie dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet wird, kam es am Sonnabend im Grazer Stadttheater, wo Lona Barrillon gastirt, zu einem argen Skandal. Es wurde furchtbar gequatscht, wodurch Lona Barrillon so belangen wurde, daß ihre Stimme zitterte und sie falsch sang. Haben denn die Barrillons schon einmal richtig gesungen?

Eine der größten Völkerguppen, die je ihre ferne Heimath verlassen haben, wird das späte Frühjahr nach Berlin bringen. Schwarze sind es aus Logo und Kamerun, die sich, fast 70 Köpfe stark, nach dem Passage-Panoptikum aufmachen.

Verbotenes Briefformat. Die Postbehörde hat neuerdings ihre Anstalten angewiesen, daß solche Briefe und Drucksachen, welche in ihrer äußeren Form zusammengefalteten Telegramm-Annahmeformularen nachgebildet sind, als zur Postbeförderung durchaus ungeeignet zu erklären sind, weil die posttechnische Behandlung solcher Sendungen zu argen Unzuträglichkeiten Veranlassung geben würde. Es ist den Anstalten daher unterlagt worden, diese auf Sensation beim Empfänger berechneten Rowert oder Drucksachen zu befördern. Vielmehr sind die Remter gehalten, derartige Sendungen an den Absender zurückzugeben.

Aus der großen Seebadt Leipzig erhalten wir folgende Zuschrift der Theaterdirektion des Herrn Direktor Julius Pompe, Reisende Gesellschaft in Voigtland i. S. Galt mich heute in Leipzig auf, um unsere Gesellschaft noch um eine Dame zu vermehren, da wir nach Berlin kommen, denn mein Mann meinte, daß ich da nicht alles allein spielen könne. Wir haben nämlich vom 1. März an ein Gastspiel an das dortige Parodie-Theater abgeschlossen, denn mein Mann meinte, was Pompe kann, kann Pompe noch besser. Der spielt alle die alten Stücke von den vermoderten Dichtern, aber wir geben nur von den Neuesten das Allerneueste. Ich lasse mir immer die Theaterbücher schicken und bearbeite alles für unsere Verhältnisse. Den größten Erfolg haben wir mit König Heinrich, Moritur und Die versunkene Glocke gehabt. Wir geben diese drei Novellen an einem Abend, da in der Kürze die Würze liegt und wir verschiedene Rollen rausstreichen müssen. Nun sollen wir dies Repertoire auch in Berlin spielen, wo wir an's Parodie-Theater die Anberbietung bekamen. Mein Mann meinte zwar, wir wollen lieber im Voigtland bleiben. — Rein, bestimmte ich, die Berliner sollen uns kennen lernen, wir brauchen uns nicht zu verstecken und so ist es denn bestimmt, daß wir Montag den 1. März anfangen. Schreiben Sie doch darüber einige Worte in Ihrem angenehmen Blatte, wir kommen übermorgen alle nach dort und werde ich Ihnen dann, mein Mann und mich selbst persönlich vorstellen. Inzwischen grüßt Sie Ihre achtungsvolle Emma Pompe, Direktorin der reisenden Gesellschaft Pompe i. Voigtland i. S. Notabens: Mein Mann meinte, die Schreiber Wildenbruch, Hauptmann und Sudermann würden was dagegen haben, nicht wahr, daß thun sie nicht?

Eine Drogisten-Versammlung, welche Sonntag Nachmittag im Messpalast tagte, nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher Protest gegen die Ausdehnung der polizeilichen Hausdurchsuchungen nach verbotenen Waaren auf die Privatwohnungen erhoben wird. Ferner erklären die Drogisten, sie könnten ihre Grifteln nur behaupten, wenn ihnen gestattet würde, dieselben Artikel zu verkaufen, welche die Apotheken im Handverkauf ohne Rezept abgeben dürfen.

Auch ein „Damenport“. Das „Voll“ schreibt: Das Leichenhaus und die Nerven unserer modernen Damenwelt, das mühten eigentlich zwei Kontraste sein, die nur die äußerste Noth-

wendigkeit zusammenführen kann. So muß jedermann denken, der mit einem gewissen Grauen jene Stätte des Todes betritt, auf der namenloses Elend oder ein dunkles Verbrechen ihre bedauernswerthen Opfer betten. Und dennoch ist es gerade das Gegentheil. Der Frauenwelt sind die hauptsächlichsten Besucher dieses ersten Hauses einzuwerfen, und es giebt Damen, denen es ein unwiderstehliches Bedürfnis ist, täglich die Morgue zu besuchen und den Wärter mit den freisten Fragen über die ausgestellten Leichen zu drangsaliren. Diese Besucherinnen sind zu einer wahren Plage für das Beamtenpersonal geworden, die jedoch nicht abzuwenden ist, da der Besuch des Schauhauses jedermann freisteht.

Vollkornbrot. Der Schlächter Jhde in Grevesmühlen und der Schlächter Haller in Daffow (Meddenburg) wurden, wie er innerlich, in der Vollkornbrot-Angelegenheit des Herrn Abraham im letzten Sommer mehrfach genannt. Der „Meddenb. Volks-Ztg.“ zufolge ist dieser Tage sowohl Haller, wie auch Jhde verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis nach Schwerin abgeführt worden. In Daffow, so schreibt unser Parteiorgan weiter, ist es übrigens allgemein bekannt, daß Haller s. B. von dem Gutbesitzer Jacklam aus Raltenhof bei Daffow im Sommer eine Kuh für den Preis von sechzehn (!) Mark gekauft und deren Fleisch nach Berlin geschickt hat. Die betreffende Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Schwerin soll bereits auf den 15. März anberaumt sein. So ganz reinlich scheint die Sache also doch nicht abzugehen.

Patriotische Straßensperrung auf Wochen. Das königliche Polizeipräsidium theilt mit: Die Straße „an der Schloßfreiheit“ wird wegen der vom Reichsamt des Innern dort zu erbauenden Tribünen für die Jahrhundertfeier am 21.—23. März vom 3. März an bis auf weiteres für jeden Verkehr gesperrt.

Unpassierbar ist zur Zeit der Straßendam „Am Tempelhofer Berg“, der sich zwar das ganze Jahr hindurch einer groben Vernachlässigung erfreute, bei dem gegenwärtigen Thauwetter jedoch aller Beschreibung spottet. Es scheint an den seit Wochen dort aufgeschauften Schneemassen noch keine Hand gerührt worden zu sein.

An dem Denkmal, das gegenwärtig für Wilhelm I. an der Schloßfreiheit errichtet wird, hat sich gestern Mittag kurz nach 1 Uhr ein schwerer Unglücksfall zugezogen. Aus der Höhe von ungefähr vier Stockwerken stürzte von dem Bretterhaus, das über dem Standbild errichtet worden und jetzt abgerissen wird, ein Zimmermann auf den Bauplatz hinab und blieb bewußlos auf einem Haufen Steine, auf den er gefallen war, liegen. Schnell hinzuspringende Kollegen und Bildhauer, sowie die auf dem Bauplatz stationirte Polizei- und Feuerwehrgewache brachten den Verunglückten in eine schnell herbeigerufenen Droßkule, mittels welcher er zunächst nach der Unfallstation in der Brüderstraße und sodann nach einem Krankenhanse überführt wurde. Der Unfall ist dadurch entstanden, daß der Mann, der damit beschäftigt war, die eisernen Balken aus den Balken zu schrauben, sich von der Leiter, auf der er stand, zu weit abbeugte, wodurch die Leiter abglitt und der Bedauernswerthe mit einem lauten Schrei kopfüber in die Tiefe stürzte. Der Verunglückte soll erst am Sonnabend in Arbeit getreten sein; er erlitt außer einem komplizierten Beinbruch auch schwere innere Verletzungen. Auf der Unfallstelle, d. h. auf dem obersten Stockwerk des Bretterhauses, wurde die Arbeit unterbrochen und an dem ursprünglichen Befunde bis zur Ankunft der Behörde nichts geändert.

Der Droschkenbesitzer Böttcher, der seit November vorigen Jahres vermißt wird, wurde gestern Nachmittag als Reiche aus dem Wasser gezogen. Es hatte seinerzeit großes Aufsehen erregt, als damals die Droschke des Vermißten nebst dem Pferde durch die Feuerwehrgewache aus dem Arbanhansen geholt wurde, der Eigentümer aber verschwunden blieb. Da niemand gesehen hatte, auf welche Weise das Zubehör in den Kanal gerathen war, traten allerlei Gerüchte auf, die erzählt, Böttcher, der als wohlhabender Mann bekannt war und sich der großen Baarschaft, die er stets bei sich trug, gern rühmte, sei ermordet, beraubt und bei selbe geschafft worden, und die Mörder hätten, um die Spuren zu verwischen, Wagen und Pferd in den Kanal getrieben. Nachdem monatelang nach den verschiedensten Richtungen hin Nachforschungen angestellt und der Kanal mehrmals abgesehen worden war, ist nun die Leiche mit Mantel, Stiefel und allen übrigen Kleidungsstücken bekleidet, genau an derselben Stelle zum Vorschein gekommen, an welcher die Feuerwehrgewache seinerzeit Wagen und Pferd heransholte. — Darüber, auf welche Weise Böttcher mit seiner Droschke ins Wasser gerathen ist, konnte noch nichts ermittelt werden. Krahnführer Bent, welcher die Leiche barg, veranlaßte deren Transport nach dem Schauhanse.

Verunglückter Radfahrer. Schwer verlegt wurde am Sonntag Mittag der Kaufmann Kurt Ritten aus der Laufferstraße. Er war auf einem Zweirad unterwegs, als ihm in der Vertrauensstraße eine Dame in den Weg gelaufen kam. Um diese nicht zu überfahren oder zu beschädigen, bog er aus und geriet dabei in einen Omnibus. Er wurde nun selbst überfahren und am Kopf so schwer verlegt, daß ein Schuttmann ihn zunächst nach der Unfallstation V bringen mußte; dann brachte man den Verletzten in ein Krankenhaus.

Schwer verlegt wurde am Sonnabend Nachmittag der Tapezierer Klement in der Möbelfabrik von J. G. Pfaff, Zeughoßstraße. Ein Kollege des Verunglückten bemühte sich, ein Gestell von der Höhe herunterzunehmen; dabei entglitt von den übereinander gestellten Gestellen ein feines Hindernis und traf den unten stehenden Klement so unglücklich am Kopf, daß er nach der Unfallstation gebracht werden mußte.

Ein verwegener Brillantendiebstahl ist in der Nacht zu Montag oder schon im Laufe des Sonntags in dem Juwelieregeschäft von Lüdewaldt, Leipzigerstraße 103, verübt worden. Die Diebe, denen das verhangene Schaukasten zu gute kam, haben sich durch eine ebenso schwierige, wie lästige Arbeit Zutritt in den mit Schätzen gefüllten Laden verschafft. Der erste Stock des Schauhauses an der Friedrichstraße ist unbewohnt und wird im Innern ausgebeffert. Von hier aus haben die Eindringlinge, die sich unbemerkt eingeschlichen haben dürften, ihr Werk begonnen, indem sie die Wohnung von dem darunter befindlichen Laden trennende Zimmerdecke durcharbeiteten und so einen Zugang herstellten. Das Innere des Ladens gab am Montag Morgen, als die Verkäuferin um 7 Uhr den Dienst antrat, Zeugnis von der Diebstahlthat. Obgleich im Laden Tag und Nacht Licht brennt, und außerdem bis morgens 5 Uhr ein Wächter das Haus bewacht, hat niemand die Spühbuben bemerkt. Jedenfalls handelt es sich um gewerbemäßige Verbrecher. Daran läßt einestheils die Reiche schichten, mit der die schwierige Arbeit ausgeführt wurde, andertheils aber auch die in den Geschäftsläden vorgenommene Auswahl. Es wurden nur die allerbesten Brillanten vermißt, die nach der einen Meldung einen Werth von etwa 100 000 M. haben sollen, nach anderer Meldung auf 40 000 M. geschätzt werden. Eine genaue Aufnahme ist bisher nicht möglich gewesen. Das Geschäft gehet dem Juwelier Theodor Lange aus der Köthenerstraße 43, der die erste Nachricht über den Vorfall von der Verkäuferin erhielt.

Der Zeitungshändler Abraham Enß ist im Alter von 54 Jahren plötzlich gestorben, ohne daß die Ursache des Ablebens sich hat feststellen lassen. Enß, der in der Friedrichstraße seinen Stand hatte, ließ sich durch ein geringfügiges Unwohlsein von den gemöhnlichen Berufsvorgängen nicht zurückhalten, hatte sich aber auf besonderes Jureben einer Mitbewohnerin des Hauses entschlossen, am Sonntag ein Krankenhanse aufzusuchen. Daran ist er durch den Tod verhindert worden. Als der Eigentümer des Hauses Luisen-Lof 21, wo Enß wohnte, Apotheker Braun, ihn um die Mittagszeit besuchen wollte, fand er ihn als Reiche vor dem Bett liegen. Der

...schien schon längere Zeit vorher eingetreten zu sein. Bei dem Verstorbenen, der Junggeheule und Menonit war, wurde eine Summe Geldes vorgefunden. Die Leiche ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft zwecks genauer Feststellung des Todesbestandes beschlagnahmt worden.

In Parteikreisen ist Enß früher durch ein Pamphlet: „Engels' Attentat auf den gesunden Menschenverstand“ bekannt geworden, welches er gegen Friedrich Engels' „Anti-Dühring“ losgelassen hat, und in welchem er in verworrenster Weise für Herrn Dühring eintrat. In den letzten Jahren bekannte sich Enß zu den Antisemiten, doch folgte er auch darin seinen eigenen Grundrissen, welche er in dem Blatte „Antikritik“ vertrat, von welchem eine neue Nummer nur erst dann erschien, wenn die alte vorher vollständig ausverkauft war, was unter Umständen wochenlang dauerte.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater spielt vom Sonnabend ab Herr Karl Bader die Paraderolle des Hirsch in Weils Lustspiel „Heinrich Heine“.

Im Alexanderplatz-Theater geht Donnerstag zum ersten Male „Heinrich u. Co.“, Lustspiel in 4 Akten von Ottavio Biondi in Szene.

Auf der Fahrt nach London ist der 23jährige Maler Bader, der in den Allen Schönhauserstraße wohnt, spurlos verschwunden. Bader, der schon seit mehreren Jahren in einer hiesigen Werkstatt arbeitete, wollte nach London auswandern, um bei einem Verwandten in Stellung zu treten. Der junge Mann ist auch Anfangs Januar nach Hamburg gereist, um von dort aus die Ueberfahrt nach London anzutreten. Er ist aber in London nicht angekommen, und alle Nachforschungen über seinen Verbleib sind bisher vergeblich gewesen. Ebenfalls konnte der Dampfer ermittelt werden, mit welchem B. nach England gefahren ist.

Nicht aus Liebesgram, wie zuerst berichtet wurde, sondern aus Nahrungsorgen hat sich die Schneiderin Kolonty, deren Tod wir am Freitag meldeten, vergiftet. Der Bräutigam der Verstorbenen bittet uns, diese berichtende Mitteilung zu bringen.

Erhängt hat sich die 45 Jahre alte Schneiderin Marie J. in ihrer Artilleriestraße 31a belegenen Wohnung.

Vor einigen Tagen theilten wir mit, daß der im Radfahrerdienst der Privatpost angestellte frühere Reimer Alexander Behl aus der Gubenerstr. 55 an den Folgen von verborgenem Durschitt, das er genossen, plötzlich erkrankt und unter Vergiftungserscheinungen gestorben sei. Wie uns heute mitgeteilt wird, hat die auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ausgeführte Obduktion ergeben, daß der Tod des Behl, der sich vielleicht im Fahrraddienst zu sehr angestrengt hat, durch plötzliches Springen eines Blutgefäßes herbeigeführt worden ist.

Aus den Nachbarorten.

In Weiskene findet am heutigen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Bötscher, Charlottenburgerstraße 150, eine Volksversammlung statt. Referentin: Frau Martha Kobrak. Um rege Beteiligung ersucht die Vertrauensperson Marie Werner.

Charlottenburg. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Kenntnis, daß der zu Mittwoch, den 24. Februar anberaumte Diskutirabend wegen der am Donnerstag, den 25. Februar, stattfindenden Volksversammlung ausfällt.

Die fünfjährige Tochter Emma der in der Steinmeßstr. 61 zu Mydorf wohnhaften Arbeiter Grafen Eheleute erleidete während der Abwesenheit der Mutter das offene Fenster und stürzte aus der Höhe des vierten Stockwerks in den gepflasterten Hof hinab, wo sie beunruhigend liegen blieb. Der sofort herbeigerufene Arzt konstatierte einen komplizierten Oberschenkelbruch und veranlaßte den Transport des Mädchens, das durch den Fall anscheinend auch schwere innere Verletzungen davongetragen hat, nach dem Brüher Kreis-Krankenhaus, wo es in bedenklichem Zustande darniederliegt.

Wegen Tobtsucht mußte der 47 Jahre alte Inspektor der Norddeutschen Eiswerke in Ploßensee, Christian Gabel, am Sonntag in eine Anstalt gebracht werden. An dem Unglücklichen waren schon seit einiger Zeit Spuren der Krankheit zu erkennen.

Schon wieder ist eine Diebesbande in Friedenau aufgehoben worden, nachdem vor erst wenigen Wochen dort eine andere Epizubengemeinschaft von 12 Köpfen unschädlich gemacht worden war. Auch diesmal ist es wieder eine Bande von etwa 10 Personen, die jedoch lediglich aus halbwüchsigen Burschen besteht. Auch diese Diebesbande hat in gleicher Weise, wie die vor kurzem schon erwähnte andere Bande besonders die Kolonialwarengeschäfte, Restaurants u. heimgejacht und sich ebenfalls mittels Einbruchs zu ihnen Zugang verschafft. Bis Sonnabend waren bereits sieben der Diebe hinter Schloß und Riegel gebracht.

Ein Schadenfeuer hat in der Nacht zum Sonntag in der Leäger- und Wellblechfabrik von Pfeiffer u. Drudenmüller große Verderben angerichtet. Die Entstehungsurache konnte nicht ermittelt werden.

Geriichts-Beilage.

Als im verklossenen Sommer der Ausstand der Angeklagten bei der Privatpost stattfand, wurde eine Versammlung einberufen, um zu der Frage Stellung zu nehmen. In dieser Versammlung trat auch der Pöcker Gustav Straube als Redner auf. Er theilte mit, daß ihm ein arger Uebergriff seitens eines Beamten des 26. Polizeireviers zu Ohren gekommen sei. Derselbe habe einen der Anständigen früh morgens aus dem Bett geholt und nach dem Polizeibureau geführt. Dort sei dem Siftriten angedroht worden, daß er in eine Geldstrafe von 50 M. genommen werden würde, wenn er die Arbeit nicht wieder aufnehme. Diese Mitteilung erwies sich als un wahr. Straube erhielt eine Anklage wegen Beamteneleidigung. Im gestrigen Termine vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I machte der Angeklagte zu seiner Entschuldigung geltend, daß er nur das mitgetheilt habe, was ihm als wahr erzählt worden ist. Der Staatsanwalt hielt die Beleidigung für eine so schwere, daß er gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 100 M. beantragte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Dersfeld, führte aus, daß der Angeklagte strafrei ausgeben müsse, da derselbe sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden habe. Der Gerichtshof trat dieser Auffassung nicht bei, sondern verurtheilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 50 M. — Die in den Versammlungen der Anständigen f. Z. vorgebrachten Mittheilungen über Mißhandlungen, denen siftrite Arbeiter auf der Polizeiwache ausgesetzt waren, haben sich bekanntlich als so wahr erwiesen, daß die betr. Anständigen nicht allein von Anklagen verschont bleiben mußten, sondern auch noch die Genugthuung erlebten, daß einige der prägelenden Schutleute des 40. Reviers in der Deutzstraße gerichtlich bestraft wurden.

Ein Konflikt zwischen Zivilpersonen und Gendarmen in der Berliner Gewerbe-Ausstellung beschäftigte heute die vierte Strafkammer des Landgerichts II. Der inkriminierte Vorfall hat seinerzeit gewisses Aufsehen erregt und zu Beschwerden an den Landrath, den Regierungspräsidenten und den Minister des Innern geführt. Die beschwerdeführenden Zivilpersonen sind aber in allen Instanzen mit dem Bemerkten abgewiesen worden, daß ihre Beschwerde unbegründet sei. Dagegen wurde gegen den Hauptbetheiligten, den Handlungsgehilfen Siegmund Cioesser aus Berlin, Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Ueberschreitung der Polizeigewalt erhoben. Nach der Feststellung der ersten Instanz hat der Gendarm Höhne am 8. Juli v. J. nach 12 Uhr nachts in dem Pavillon des Vergnügungsparks, in welchem der Angeklagte Cioesser verhaftet, Feierabend geboten. Die anwesenden Gäste schienen eine höhnende Haltung einzunehmen, der Gendarm ging aber, um nach einiger Zeit zurückzukommen, die Gäste noch immer keine Anstalt machten, das Lokal zu verlassen, forderte der Gendarm energisch zum Fortgehen auf. Zwei der Gäste zeigten sich renitent und sollten ihre Legitimation

vorgeigen. Sie weigerten sich dessen und wurden nun zur Wache geführt. Die übrigen Gäste traten bei der Abführung mit vor das Lokal, der Beamte sah sich plötzlich umringt und da er einen Schlag auf die Schulter erhalten haben will, so schien ihm die Situation bedrohlich, er zog blank und verlegte den Cioesser am rechten Handgelenk. Der Gendarm behauptete, mit seinem Degen nicht geschlagen zu haben. Er sei beschimpft, bedroht und auf den Arm geschlagen worden, doch habe er die Waffe nur gezogen, um sich „Respekt“ zu verschaffen; der Angeklagte müsse sich, noch ehe der Degen völlig aus der Scheide war, selbst an demselben verlegt haben. Verschiedene Zivilpersonen bezeugten aber, daß der Angeklagte seine Hand nur begütigend auf die Schulter des einen der Siftriten gelegt und dabei gesagt habe: „Sagen Sie doch Ihren Namen, dann ist die Sache erledigt!“ worauf der Gendarm blank gezogen und zugehauen habe. Diese widersprechenden Bekundungen ließen sich schlechterdings nicht vereinigen, das Schöffengericht hat daher auf Freisprechung erkannt, weil die Sache nicht genügend aufzuklären sei. Die Staatsanwaltschaft hat gegen dieses Urtheil Berufung eingelegt, aber auch die erneute Beweisaufnahme vor der Strafkammer vermochte keine volle Klärung der Sache herbeizuführen. Die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde daher insoweit, als dieselbe den Widerstand betraf, verworfen, dagegen wurde der Angeklagte wegen Uebertretung der Polizeistunde zu 15 M. Geldstrafe verurtheilt.

Wegen Butterverfälschungen sind die Butterhändler Sommerfeld und Papke vom Amtsgericht I zu 75 und zu 10 M. Geldstrafe verurtheilt worden.

Zigarrenverfälschung unter dem Nahrungsmittelgesch. In schlechten Geruch hat der Zigarrenhändler Wilhelm Reimer aus Treptow, der heute vor der dritten Strafkammer am Landgericht II stand, die Berliner Gewerbe-Ausstellung verfeßt. Reimer hatte am Karfentische des Ausstellungsparks einen Kiosk errichtet, in welchem er Selterwasser und Zigarren verkaufte. Im Monat Juli kaufte ein junger Mann zwei Zigarren à 5 Pf. bei ihm, fand aber gleich nach dem Anrauchen, daß der eine Glühmängel einen unerträglichen Gestank verbreitete, auch fielen unausgeseht Kohlenfunken heraus und den Mund hatte der Raucher bei jedem Zuge voller Staub. Er brach daher die Zigarre auf und fand nun, daß die Einlage aus Schmutz, Spinnweben, Haaren und Tabackstaub bestand. Er brach nun auch die zweite Zigarre auf und fand eine ganz gleiche Einlage. Einen Monat später befand sich der junge Mann mit einem Freunde wieder in der Ausstellung. Da erinnerte er sich an jene Zigarren und kaufte sich wieder zwei Stück bei Reimer, um zu sehen, ob die Qualität noch dieselbe sei. Er hatte sich in seiner Erwartung nicht getäuscht, der sogenannte Widel bestand wieder nur aus Schmutz. Jetzt zeigte er die aufgedruckten Zigarren einem Gendarmen, auf dessen Rath er noch vier Stück von derselben Sorte und aus derselben Kiste kaufte. Diese letzten vier wanderten mit den beiden vorher aufgedruckten zu dem Sachverständigen für die Zigarren- und Tabackbranche, Herrn Kappun, und da derselbe sein Gutachten dahin abgab, daß die ihm vorgelegten Zigarren diese Bezeichnung nicht verdienten, so wurde gegen Reimer Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz erhoben und das Schöffengericht erkannte aus § 10 II des Gesetzes (wissenschaftlicher Verkauf verfälschter Nahrungs- und Genußmittel) auf 30 M. Geldstrafe. Da der Angeklagte die Verfälschung nicht selbst bewirkt hat, so mußte das erste Urtheil abgemildert werden. Es kam nur noch der fahrlässige Verkauf verfälschter Genußmittel in Betracht, aber das Strafmaß wurde nicht herabgesetzt, es blieb bei 30 M. Geldstrafe.

Wegen Verletzung eines Beamten wurde einem hiesigen Blatte zufolge von der Gubener Strafkammer der Inhaber der Militär-Effekten-Fabrik E. Scholz Nachfolger in Schöneberg, Emil de la Croix, zu drei Monaten Gefängnis und einem Jahre Ehrverlust verurtheilt. Der Angeklagte, der schon mit zwei Jahren Festung wegen Diebstahl mit tödtlichem Ausgange verurtheilt ist, hatte für das Ulanen-Regiment in Bälidau Tschaplas zu liefern. Da dieselben aber auf dem Transport beschädigt wurden, konnte die Lieferung nicht rechtzeitig erfolgen. Der Angeklagte sandte nun dem Regiments-Quartiermeister Plakowsky, in dem er in der mifflischen Lage einen Helfer zu finden hoffte, in einem Briefe einen Fäufmarschein.

Was für ein saubere Patron während des Streiks in Hamburg thätig war, um ehrliche Arbeiter zu besorgen, dafür bot eine Verhandlung treffende Beweise, die vor dem Schöffengericht in Dresden stattfand. Es erscheint auf der Anklagebank der 25jährige Mühlenarbeiter Eduard Arno Gollsch. Er soll sich wegen Betruges verantworten. In den ersten Tagen des Januar bekam er Lust, sich in Hamburg als Streikbrecher anzusetzen. Er fehlte ihm aber an dem nöthigen Kleingeld zum Reisen. Was ihm, spricht — der Lump. Er begibt sich zur Frau eines Arbeitsgenossen, wissend, daß sich dieser nach hartem Ringen ein paar anständige Kleidungsstücke erworben hat. Diese weiß er sich zu erschwindeln. Er sagte der Frau, ihr Mann habe auswärts Beforderungen zu machen, sie möge ihm nur die Sachen und 6 M. Geld schicken. Die Frau läßt sich bewegen, das Gewünschte zu verabsorgen und Gollsch verdankte damit, nachdem er den ersten Schwindeln Ueberzieher und die guten Kleidungsstücke verkaufte. Im Hamburger Hafen wurde er am 18. Januar verhaftet. Vor Gericht antwortete er, nachdem er nach dem Grund seiner „Abreise“ gefragt: „Weil die Rodden in Hamburg streiken dhaden“. Er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt.

Eine Gebühr für die Benutzung des Luftstraums über die Straße hat die Stadt Köln durch ein Ortsstatut, „betreffend die Anlage von Gärten und Balkons über die städtischen Straßenflächen“, eingeführt. Der Bauunternehmer Fischer, der für die Gärten und Balkons eines von ihm gebauten Hauses nicht weniger als 484,40 Mark zahlen sollte, kocht die Rechtsgiltigkeit des Statuts an, soweit dadurch die Strafenlast als städtische Einrichtung behandelt und gewissermaßen mit einer Steuer belegt wird. Der Bezirksausschuß erkannte jedoch zu gunsten der Stadt. Der 2. Senat des Oberverwaltungsgerichts hob indessen die Entscheidung wieder auf und erklärte die Stadt für nicht berechtigt, die fragliche Gebühr zu erheben. Zur Begründung führte der Vorsitzende Folgendes aus: Städtische Gebühren seien Gegenleistungen für solche Leistungen der Kommune, die im öffentlichen Interesse gemacht würden. Derartige Leistungen seien die Straßenanlagen. Mit Bezug auf sie sei aber für die Erhebung von Gebühren ihre Zweckbestimmung entscheidend, und die Zweckbestimmung der Straßen wäre, der Fortbewegung von Personen und dem Anbau zu dienen. Straßen würden jedoch nicht angelegt, damit Gärten und Balkons in den Luftstraum darüber hineingebaut werden sollen.

Soziales.

Die Vertretung der Berliner Damen-Konfektion (Iber-Kommission) verhandelte am Sonntag über das vom Magistrat in Aussicht genommene Ortsstatut der Krankenversicherung der Hausindustriellen. Die Versammlung erklärte sich, wie der „Konfektionär“ verbreiten läßt, „im Prinzip“ damit einverstanden, daß eine Zwangsversicherung der Hausindustriellen notwendig ist; auch erklärte man sich bereit, den auf die Arbeitgeber der Konfektion entfallenden Anteil der Versicherungslosten zu übernehmen. Dagegen wurde der Magistrats-Antwort über die Vertheilung der Kostenlasten als „unausführbar“ bezeichnet und man beschloß, in einer Petition dem Magistrat und den Stadtverordneten die Gründe anzugeben, welche diesen Standpunkt rechtfertigen sollen.

Diese Stellung der Kommission ist unverständlich. Der Entwurf des Ortsstatuts bestimmt: „Die Beiträge entfallen zu zwei Dritteln auf die Versicherten, zu einem Drittel auf die Arbeitgeber. Eintrittsgelder belasten nur die Versicherten.“ Das Ortsstatut schließt sich damit lediglich den gesetzlichen Bestimmungen über die Krankenversicherung an. Wenn die „Arbeitgeber“, d. h. die Konfektionäre, den auf sie entfallenden Anteil der Versicherungslosten übernehmen

wollen, wie sie erklären, weshalb dann die Petition gegen die Vertheilung der Kostenlasten?

Die 1896er Jahresberichte der bayerischen Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren sind im Druck fertiggestellt und durch die Buchhandlung von Ackermann in München zu beziehen. Eine offizielle Mitteilung sagt über den Inhalt das folgende:

Die Gesamtarbeiterzahl in den der Aufsicht unterstellten Betrieben ist beträchtlich gestiegen. Die Fabrikarbeiter-Zahlen weisen gegen das Vorjahr eine Zunahme von insgesammt 5,1 pCt. auf, bei den jugendlichen Arbeitern eine solche von 12 pCt., bei den erwachsenen weiblichen Arbeitern von 4 pCt., bei den erwachsenen männlichen von 4,7 pCt. Die Vermehrung der jugendlichen Arbeiter entfällt vorwiegend auf die Industrie der Metallverarbeitung, sowie auf die chemische und Nahrungsmittel-Industrie. In Prozenten aller Fabrikarbeiter betrug die Zahl der Jugendlischen im Jahre 1893: 7,5, 1894: 7,0, 1895: 7,0 und 1896 wiederum 7,5.

Die Beschäftigungsdauer bei den weiblichen Fabrikarbeitern hat im großen ganzen eher ab- als zugenommen und beträgt bereits in einer größeren Zahl von Betrieben weniger als die zulässige Maximalarbeitszeit. Die Arbeitszeit erwachsener männlicher Arbeiter hat sich im allgemeinen wenig geändert und die Tendenz zu allmählicher Verkürzung beibehalten.

Die Zahl der Unfallanzeigen ist seit dem Vorjahre von 6201 auf 7080 gestiegen. An den Unfällen sind wiederum das Baugewerbe, die Arbeiter an Maschinen und die Transportarbeiter in höherem Maße betheilig. Auflagen zur Unfallverhütung wurden seitens der Gewerbe-Aufsichtsbeamten im Betriebsjahre 4643 gemacht.

Die Zahl der bei den Revisionen gemachten Auflagen gewerbehygienischer Natur beträgt 1071.

Hinsichtlich der Lohnhöhe ist eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Besondere Berücksichtigung wurde den Lohnverhältnissen sowie der Arbeitszeit in den Schlossereien und Buchdruckereien zu theil.

In ausführlicher Weise äußern sich die Berichte über das Behringswesen im allgemeinen und insbesondere in den Schlossereien und Buchdruckereien. Besonderes Augenmerk ist ferner den Arbeiterorganisationen, der geistig-sittlichen Entwicklung der Arbeiterbevölkerung zugewandt.

Unternehmer-Verbände.

Das Syndikat der deutschen Kohlensäure-Fabrikanten hat, um der vom deutschen Gaswirtschafts-Verband angebrochenen Errichtung eines eigenen Kohlensäure-Werkes vorzubeugen, die vor dem Jahre 1897 üblich gemessenen niedrigeren Preise und günstigeren Bezugsbedingungen wieder hergestellt.

Versammlungen.

Der Berliner Metallarbeiter-Verband hielt am Sonntag eine von etwa 2000 Personen besuchte außerordentliche Generalversammlung im Frei-Palast ab. Auf der Tagesordnung stand die Frage: Wie stellen wir uns zum Anschluß an den deutschen Metallarbeiter-Verband? Dazu machte Gilsin, Vorsitzender des Berliner Verbandes, etwa folgende Ausführungen: Die Berliner Metallarbeiter wären, außer in den beiden großen Verbänden — dem deutschen und dem Berliner — noch in verschiedenen kleineren Gewerkschaften organisiert. Dieser Umstand habe bisher oft zu Reibereien unter den einzelnen Organisationen und zu Streitigkeiten um die Organisationsform geführt, weshalb es nicht möglich war, gegenüber den einig und geschlossen bestehenden Unternehmer-Vereinigungen die Forderungen der Arbeiter mit der erforderlichen Einmüthigkeit und Energie zu vertreten, ja man konnte nicht einmal immer das schon Erklärteste auf die Dauer halten. Aus der Erkenntnis, daß ein Zusammengehen aller Berliner Metallarbeiter notwendig sei, habe sich die Februart-Kommission gebildet. Es stellte sich jedoch heraus, daß zunächst eine Verständigung zwischen den beiden größten Organisationen, dem deutschen und dem Berliner Verband, herbeigeführt werden müsse. Die Frage war nur, auf welcher Grundlage das geschehen könne. Zu einem bedingungslosen Uebertritt, wie ihn die hiesigen Vertreter des deutschen Verbandes forderten, konnte sich der Berliner Verband nicht bereit erklären, denn er sei nach wie vor der Ansicht, daß die eigenartigen großstädtischen Verhältnisse ein gewisses Maß von Selbstständigkeit für die gewerkschaftliche Organisation einer Großstadt verlangen, und daß ohne diese Selbstständigkeit ein erfolgreiches Wirken nicht möglich ist. Der Zentralvorstand des deutschen Verbandes erkenne das auch an, er zeige den Berliner ein weit größeres Entgegenkommen, als die hiesigen Mitglieder des deutschen Verbandes, und sei bereit, der zu demnächst stattfindenden General-Versammlung diejenigen Statutenänderungen zu empfehlen, welche der Berliner Verband zur Bedingung seines Beitritts mache, und die dahin gehen, allen örtlichen Verwaltungsstellen, die mehr als 3000 Mitglieder haben (zur Zeit Berlin und Nürnberg), die Lieferung der „Metallarbeiter-Zeitung“ an alle Mitglieder nicht zur Pflicht zu machen, ihnen von den Einnahmen zwei Drittel zur freien Verfügung und 25 pCt. des letzten Drittels zur Deckung der Verwaltungskosten zu überlassen; ferner sollen sie freie Hand haben hinsichtlich der Bewilligung von Unterstufungen und Rechtschutz, sowie bei Verhängung von Sperren und Arbeitseinstellungen, auch soll ihnen die detaillirte Abrechnung mit dem Hauptvorstand erlassen bleiben. Der Hauptvorstand verleihe nicht, daß der Beitritt des Berliner Verbandes einen großen agitatoren Werth habe, und daß in diesem Falle auch die kleineren Vereine nicht umhin können, ihren Beitritt zum deutschen Verband zu erwägen. Der Redner empfiehlt folgende Resolution:

In Erwägung, daß durch die fortschreitende Technik und das sich stetig konzentrirende Kapital die Ausbeutung der Arbeit täglich intensiver wird; daß die Unternehmerklasse sich mehr und mehr zusammenschließt, um selbst die berechtigtesten Forderungen der Arbeiter abzumehren; erwartet die Versammlung eine dauernde Hebung der Lage der arbeitenden Klasse nur von einer gänzlichen Umwandlung der privatkapitalistischen in eine sozialistische Produktion. Um dieses Ziel herbeizuführen und auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung die geistigen und materiellen Interessen der Berufsgenossen möglichst zu wahren und zu fördern, ist eine starke Organisation notwendig.

Die Versammelten, welche seit Jahren in einem, nur auf Berlin beschränkten Verband organisiert sind, und unter dieser Form ver sucht haben, nach besten Kräften ihre Interessen zu vertreten, sind überzeugt, daß die beste Form der Organisation die lokale wäre, falls es gelänge, alle Berliner Metallarbeiter zu derselben zu vereinigen. Da diese Möglichkeit nicht vorhanden, vielmehr der seit Jahren bestehende Streit über die Form der Organisation das einzige, kräftige Vorgehen verhindert, beschließt die außerordentliche Generalversammlung: Unter der Bedingung, daß die Anträge des Vorstandes des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ (welche in Nr. 8 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht sind) auf der Generalversammlung am 20. April in Braunschweig angenommen werden, den „Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend“ anzulösen und mit dem gesammten Baarvermögen und Verbandseigenthum am 1. Juli 1897 in den Deutschen Metallarbeiter-Verband einzutreten.

Körsten hält die Behandlung der vorliegenden Frage für übereilt. Er ist zwar mit dem Uebertritt einverstanden, doch würde dadurch noch keine volle Einigung der Metallarbeiter herbeigeführt. Die Former würden theils dem Verband, theils dem Zentralverein der Former betreffen. Ein Zusammenschluß aller Branchen, auch der kleineren Vereine, sei notwendig. Dieser Anze auf einem Kongress, der noch vor der Generalversammlung des deutschen Verbandes abgehalten werden müsse angedeutet werden. Nicht in einer Versammlung, sondern durch Abstimmung solle man die

vorliegende Frage entscheiden. Die nachfolgenden Redner Pählold, Käther, Günther, Freithaler traten diesem Beschlusse entgegen und sprachen sich rückhaltlos für den Anschluß unter den angegebenen Bedingungen aus. Prinzipielle Widersprüche wurden von keiner Seite geltend gemacht. Die Versammlung nahm mit allen gegen 4 Stimmen die vorgeschlagene Resolution an. Die Käther bekannt gab, soll in der nächsten Zeit eine Konferenz von Vertretern der übrigen in Frage kommenden Metallarbeiter-Vereinigungen abgehalten werden, um auch diesen den Anschluß nahe zu legen.

Verbandsstag der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergeräthfabriken, des Buchdrucks, der Buchhändler und Arbeiterinnen in Halle a. S. Der Vorstandsvorsitzende Dietrich eröffnete die erste Sitzung am Sonntag Vormittag um 11 1/2 Uhr mit einer Begrüßung der Delegierten, von denen 28 aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands anwesend waren. Frau Käther aus Hamburg war als Vertreterin der Generalkommission erschienen. Die Präsenzliste ergibt, daß die abgegebenen Mandate sämtlich ihre Gültigkeit haben. Der insolge der vorgenommenen Urabstimmung stattfindende Verbandstag ist der fünfte seit Neuerrichtung der Organisation. Das Bureau besteht aus dem 1. Vorsitzenden Garder-Hannover; 2. Vorsitzenden Bergmann-Berlin; 3. Schriftführer: Zahn-Berlin, Reulich-Breslau, Grim-Hamburg, Dietrich-Konstanz und Malwald-Dresden zur Führung der Rednerliste. Der vom Verbandsvorsitzenden Dietrich erstattete allgemeine Geschäftsbericht über die seit dem letzten Verbandstag verstrichenen 3 Jahre ergibt ein günstiges Resultat für die stetige Zunahme und Ausbreitung der Bewegung. Die namentlich im vorigen Jahre eingetretene Lohnbewegung zeitigte eine Anzahl von Arbeitsstellen, die zumeist einen günstigen Verlauf nahmen, was namentlich der Reorganisation zu verdanken war. Redner schließt seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Mahnung, auch in der Zukunft treu und fest zum Verband zu stehen und an den bisherigen Errungenschaften festzuhalten. In der hierauf folgenden Diskussion erwähnt Krausch-München, daß die dortigen Verhältnisse nicht so ungünstig seien, wie sie der Bericht angebe, worauf Dietrich entgegnet, daß dies nicht seine Schuld sei, wenn man ihm falsch berichtet habe. Pählold-Leipzig hätte gewünscht, daß der Verbandsvorstand über die nach seiner Meinung zu Unrecht erhobene Beitragserhöhung vorerst hätte seine Meinung kundgegeben; auch konnte man in Stuttgart auf einen Delegierten verzichten. Buchwald-Altenburg konstatierte, daß seit der vorjährigen Lohnbewegung, selbst in kleineren Städten die Löhne gestiegen seien, was auch Göbde-Bremen bestätigte. Klotz-Leipzig und Luz-Dortmund halten eine Kritik über den Geschäftsbericht für das Verhalten des Vorstandes während der Lohnbewegung für gerechtfertigt. Göbde-Stuttgart verteidigt die dortigen Kollegen wegen der Entsendung der Delegierten. Garder-Hannover betont das einmütige Vorgehen der Buchbinder, Buch- und Steindrucker während der dortigen Lohnbewegung, wodurch ein günstiger Erfolg erzielt werden konnte. Grim-Hamburg spricht seine Zufriedenheit über den trotz der hohen Kosten erzielten Erfolg aus, was auch sonst an der Hamburger Lohnbewegung anzusehen wäre, denn in Berlin seien die errungenen Forderungen theils wieder verloren gegangen. Gehäster-Widder sprach seitens der Berliner Delegierten. In seinem Schlussworte rechtfertigt Dietrich das Verhalten des Vorstandes, der, um Mittel für die Lohnbewegung zu schaffen, die Beitragserhöhung anordnen mußte und nur von seinem statutenmäßigen Recht Gebrauch machte, mithin von einem „Zwang“ keine Rede sein könne. Auch werde man jedenfalls in Zukunft in bezug auf das Zusammenwirken aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bessere Erfolge erzielen. Der vom Verbandskassierer Hauke erstattete Kassendbericht weist eine dauernde Zunahme der Einnahmen, aber auch

insolge der Lohnbewegung gesteigerte Ausgaben auf. Aus der Verbandskasse wurden allein 39 000 Mark aus lokalen Mitteln und durch Sammlungen 16 327 Mark an Unterstützungsgeldern geleistet. Der Bestand der Verbandskasse betrug am 1. Januar 1897 38 000 M. Nichtsdestoweniger sei gerade während und durch die Lohnbewegung die Zahl besonders der weiblichen Mitglieder gestiegen. Von 2300 im Jahre 1893 stieg die Mitgliederzahl auf 5400 männliche und 2250 weibliche Mitglieder, zusammen auf über 7600. Dieser Erfolg sei der unermühten Agitation zu verdanken, die auch in der Zukunft nicht erlahmen dürfe. (Beifall.) Hierauf erfolgte die Mittagspause.

Nachmittags-Sitzung vom 21. Februar. Diefelbe kann erst nach geraumer Zeit eröffnet werden, da die Polizei Hindernisse wegen der Sonntagruhe bereitete, die schließlich nach Vorprache beim Polizeipräsidenten behoben wurden, so daß die weitere Tagung ermöglicht wurde. Als Revisoren über den Kassendbericht werden Schulz-Berlin, Pählold-Leipzig und Schmidt-Mannheim ernannt. Dem von Buchwald und Grim ausgesprochenen Verlangen, den Kassendbericht in Druck erscheinen zu lassen, wird, nachdem Malwald sich wegen der hohen Kosten dagegen, Luz-Dortmund dafür erklärt, mit überwiegender Mehrheit zugestimmt.

Ueber den von M. Hermann-Hannover erstatteten Bericht des Ausschusses entspinnt sich eine kurze Diskussion wegen der erfolgten Aufstellung eines Hilfsarbeiters, wobei man Rücksicht auf befähigte gewöhnliche Mitglieder hätte nehmen sollen. Die erhobenen Einwände wurden damit widerlegt, daß man sich dieserhalb zunächst in der Mitgliedschaft Stuttgart darum bewerben müsse, um eine mit den Verhältnissen vertraute Kasse zu finden, während ein Ausschreiben nur unnütze Kosten verursacht hätte.

Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung: Die Lohnbewegung im Jahre 1896, deren Ergebnisse und unser ferneres Verhalten, erstattet ebenfalls Dietrich Bericht. Redner hebt hervor, daß der Verbandsvorstand wohl die einzig richtige Taktik befolgt und damit allein die Errungenschaften erzielt habe. Es werde nun darauf ankommen, das Gewonnene zu erhalten und nichts zu verlieren. Wie vorausgesehen, zeitigte dieser Bericht eine längere Diskussion, die von Schmidt-Berlin damit eingeleitet wurde, daß die Berliner Mitgliedschaft gerade eine dem Verbandsvorstand entgegengeetzte Meinung vertritt. Der Vorstand und der Sachverstand wie die Kommissionen waren und sind übereinstimmend der Meinung, daß, um in Berlin eine Bewegung mit Erfolg durchzuführen, die Unterstützung bzw. das gleichzeitige Eintreten der Leipziger Kollegen erforderlich sei; auch müsse der Verbandsvorstand in ganz Deutschland einheitlich vorgehen und habe sich auch nach der Konjunktur zu richten. Der Vorstand habe aber den geeigneten Zeitpunkt veräußert, so daß die Berliner selbständig vorgehen mußten, während deshalb auch der Streik der Lithographen verloren ging. Auch müsse mit den Unternehmerverbänden gerechnet werden. Der Mitgliederbestand von 2800 in Berlin sei zwar ein Erfolg, aber nicht hinreichend, wenn für die Dauer etwas erreicht werden soll. Auch in Provinzialstädten müssen bessere Lohnbedingungen geschaffen werden. Die einzelnen Berufsstände müsse man am ehesten zu vermeiden suchen. Schmidt-Hamburg rechtfertigt in längerer Ausführungen das Verhalten der Hamburger, weil man dort mit vielen (200) Kleinmeister zu rechnen habe. Hieraus suchen Wötter-Dresden sowie Glaubig und Schabier-Leipzig die Haltung der dortigen beiderseitigen Organisation insolge der tatsächlichen Verhältnisse zu rechtfertigen, um unter Beifall ein beiderseitiges Zusammenwirken in Aussicht zu stellen. Von Klotz-Leipzig waren ebenfalls bessere Erfolge in dieser Richtung erwartet, da das äußerst günstige Ergebnis der dortigen Lohnbewegung nur dem einmütigen Vorgehen zu verdanken sei. Es folgen noch die Mittheilungen beziehungsweise Auffassungen über den Verlauf

der Lohnbewegung in den betreffenden Städten von Bürgenburger-Frankfurt a. M., Bergmann-Berlin, Krausch-München und Walter-Weipzig, die für die Zukunft eine regere Agitation und Vorbereitung erwarten. Die Debatte über diesen Punkt wird durch Schluß der Sitzung bis Montag vertagt.

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag Abend von 8-10 Uhr: Südost-Schule Waldemarstr. 14; Deutsch (Die deutsche Literatur in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. — Aufsätze). Der Reichsarchivdirektor Dr. v. Hülsen. 25: Nationalökonomie (Uebersicht der verschiedenen Wirtschaftssysteme, Entwicklung der verschiedenen Nationalökonomie. Die Theorie des Werts und des Nutzens). Herr Dr. Konrad Schmidt. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Lesestoffmaterials (von 8 Uhr abends) geöffnet.

Die Gesellschafter der Arbeiter-Bildungsschule. Brunnenstr. 25, im modernsten von 8-9 Uhr, Sonntags von 4-5 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet. Die Geschäftsstelle der Schule N., Brunnenstr. 25, die den Vereinsverhandlungen zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 8-9 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Versammlung am Freitag, 19. Februar, im Saal des Herrn Dr. Neumann, Rosenstr. 2. Die Verhandlungen im Vereinslokal sind zu richten an Friedrich Kottum, Rosenstr. 2, b. 3. Tr.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Versammlung am Freitag, 19. Februar, im Saal des Herrn Dr. Neumann, Rosenstr. 2, b. 3. Tr. Die Verhandlungen im Vereinslokal sind zu richten an Hermann Strauß, Dresdenerstr. 80, 2. Hof, 4. Tr.

Grund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Alle Angehörigen, den Bund betreffend, sind zu richten an P. Gont, S. Dresdenerstr. 107A.

Zentralverein der Bildhauer. Heute, Dienstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, Kassenstr. 18, Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über den Stand der Kunst.

Diakonier- und Gesellen-„Hilfen“ hält seine regelmäßigen Sitzungen jeden Dienstag, abends 8 Uhr, bei W. G. Schönefeld, 8, ab. Heute: Vortrag des Genossen Dr. Paul Bernheim.

„Alte Bauhüser“. Heute, abends 8 Uhr, Kassenstr. 65.

Briefkasten der Redaktion.

E. G. Döbeln. Schreiben Sie an die Redaktion der „Zeit“, Berlin SW., Zimmerstr. 8, II.

M. A. S. Wobbit. Bremerbruch in Pommern hat eigenes Postamt. Langensiel. Emin Pascha ist am 28. März 1840 geboren. Sein deutscher Name ist Eduard Schniger.

H. S. 109. Fragen Sie bei der Redaktion der „Graphischen Presse“, Schlegelstr. 10, an.

H. S. 31. Es lag in der Frage durchaus kein Vorwurf. Vielleicht bringen wir die Sache gelegentlich.

Geymann. Schreiben Sie gegen den Mann eventuell Anzeige wegen Thierquälerei und theilen uns dann die Antwort des Staatsanwalts mit.

Witterungsübersicht vom 22. Februar 1897.

Stationen.	Barometer stand in mm. reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stun 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°C.).
Swinemünde	764	WS	6	heiter	0
Hamburg	770	WSWS	3	wolkenlos	2
Berlin	768	WSWS	3	halb bedeckt	1
Wiesbaden	775	WS	3	wolkig	2
München	776	SW	4	halb bedeckt	1
Wien	771	WS	4	bedeckt	3
Batavia	748	N	2	halb bedeckt	-12
Petersburg	753	SW	1	bedeckt	1
Cort	780	W	3	halb bedeckt	10
Aberdeen	769	W	2	halb bedeckt	10
Paris	778	SW	2	bedeckt	5

Weiter-Prognose für Dienstag, den 23. Februar 1897.
Ein wenig wärmer bei mäßigen westlichen Winden und veränderlicher Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schütz.
Dienstag, den 23. Februar:
Emil Thomas a. G.
Abends 7 1/2 Uhr, um 10. Male:
Ein fideles Abend.
Vorgespielt und folgenden Tage:
Ein fideles Abend.

Theater.
Dienstag, den 23. Februar.
Opernhaus. Fänjel und Gretel.
Die Puppenfee.
Schauspielhaus. König Heinrich IV.
Deutsches. Moritur.
Berliner. Der Gumnastaldirektor.
Kessling. Ein Freund der Frauen.
Neues. Marcelle.
Unter den Linden. Der Witabo.
Ostend. Berlin wie es weint und lacht.
Westen. Die berühmte Frau.
Residenz. Affociés.
Thalia. Frau Lieutenant.
Schiller. Der letzte Tag. Doktor Schmidt.
Central. Ein fideles Abend.
Voll's. Von Stufe zu Stufe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Der Trompeter von Säckingen.
Alexanderplatz. Eine pikante Ehe.
Belle-Alliance. Trilby.
Parodie. Schloss Greifenstein oder Der Sommerhahn, nebst dem Vorspiel: Julima, die Türkin.
Passage-Panoptikum. Affentheater.
Apollo. Spezialitäten.

Belle-Alliance-Theater
Volks-Vorstellung
unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr: Zum letzten Male:
Das Räthchen von Heilbronn.
Von Heinrich von Kleist.
Räthchen: Wilhelma Wagner. Wetter v. Strahl: Heinrich Fries. Hühnergraf v. Stein: Rich. Jürgas, Theobald: Wily Karhol.
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Buchhandlungen zu haben.
In Vorbereitung: Die Jungfrau von Orleans.

Das Räthchen von Heilbronn.
Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr: Zum letzten Male:
Das Räthchen von Heilbronn.
Von Heinrich von Kleist.
Räthchen: Wilhelma Wagner. Wetter v. Strahl: Heinrich Fries. Hühnergraf v. Stein: Rich. Jürgas, Theobald: Wily Karhol.
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Buchhandlungen zu haben.
In Vorbereitung: Die Jungfrau von Orleans.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: Der letzte Tag. Doktor Schmidt.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Eine Palastrevolution.

Ostend-Theater.
Gr. Franziskanerstr. 132. Dir. G. Weis.
Heute und folgende Tage: Berlin, wie es weint und lacht. Anfang 8 Uhr. — In Vorbereitung: In hoch hinauf. Realistisches Volksstück von Marie Günther-Brauer.

Volks-Theater
24 Neichenbergerstr. 34.
Wiederabstimmung Kottbuser Thor.
Abend 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Von Stufe zu Stufe.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schütz.
Dienstag, den 23. Februar:
Emil Thomas a. G.
Abends 7 1/2 Uhr, um 10. Male:
Ein fideles Abend.
Vorgespielt und folgenden Tage:
Ein fideles Abend.

Friedrich Wilhelm Theater.
Der Trompeter von Säckingen.
Komisches Schauspiel mit Gesang in 3 Akten (7 Bildern) von E. Hildebrandt und J. Keller. Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag, 27. Februar: Erstes Gastspiel des Hrn. Carl Pander vom Thalia-Theater in Hamburg.
Heinrich Heine. Hühnergrafen-Operette Hirsch Carl Pander a. G.
Wittels sind schon drei Tage vorher ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse zu haben. Außerdem im Invalidenbau, Unter den Linden 24, bei Paul Komeit, Leipzigerstr. 6, und Julius Vengelsen, Marienstr. 60.

Thalia-Theater.
(vormals Adolph Ernst-Theater).
„Frau Lieutenant.“
Baudelle in drei Akten von Paul Ferris und Antony Ward.
Deutsch von Hermann Hirschel.
Musik von G. Serpette und B. Roger.
Morgen und folgende Tage: „Frau Lieutenant.“
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Trilby.

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Heute, sowie jeden Dienstag:
Stettiner Sänger
(Weyfel, Pietro, Brittan, Steibl, Arone, Köhl und Schrader).

Stettiner Sänger-Ball
findet am Mittwoch, 3. März, in der S e l a m m e r n e n der Victoria-Bränerie statt.
Der diesjährige Stettiner Sänger-Ball findet am Mittwoch, 3. März, in der S e l a m m e r n e n der Victoria-Bränerie statt.

Lumpe-Gastspiel
Parodie-Theater
Cranienstr. 52.
Dienstag, den 23. 2. um 7. Male:
Schloss Greifenstein oder Der Sommerhahn, nebst dem Vorspiel: Julima, die Türkin.
Histor. romant. Ritterstück von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Graf v. Greifenstein: Joh. Lumpe.
Mus.: Woche 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Circus Renz
Karlstrasse.
(Jubiläum. Saison 1896/97.)
Dienstag, den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Extra-Vorstellung.
Anführung der stets den ungetheiltesten Beifall aller Kreise gefundenen Novität!
Aus der Wappe
eines Riefengebirgs-Phantasten.

Circus Renz
Karlstrasse.
(Jubiläum. Saison 1896/97.)
Dienstag, den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Extra-Vorstellung.
Anführung der stets den ungetheiltesten Beifall aller Kreise gefundenen Novität!
Aus der Wappe
eines Riefengebirgs-Phantasten.
Außerdem die hervorragendsten Nummern des Repertoires. **Sechs Trapezierer Rappbenge** (Original-Dressur), vorgeführt von Herrn Robert Renz. **El Bolero**, spanische hohe Schule, geritten von 6 Damen und 6 Herren. **Gebr. Cartonnons**, Deutschlands großartigste Artisten. Die vorzüglichsten Akrobaten Herren **Michelle und Sandro**.
Mittwoch, den 24. Februar 1897, abends 7 1/2 Uhr: **Aus der Wappe eines Riefengebirgs-Phantasten**.
Freitag, den 26. Februar 1897: **Gr. Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten der Wittwen und Waisen der Kriegervereins-Verbände Berlins.**

Circus Busch
Bahnhof-Börse.
Dienstag, den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung.
Das Tagesgespräch von Berlin:
Nach Sibirien.
Außerdem: Die vorzüglichsten Freizeitschulturn des Direktor Busch. **Kultur der Frau Dir. Busch**. Grand quadrille à la cavalier, ger. von 6 Damen. **Tourbillon equestre**, geritten v. 20 Damen. **Waltzer, step. Hengst**, und der ung. **Polkollinghator**, dress. u. ger. v. Herrn **Posittl-Burghardt**. **Der Coleman** mit seinen dreifach Hund und **Ragen**. Spezialitäten I. Ranges. **Vorzügliche Klowns**.
Morgen: **Nach Sibirien.**

Urania, Tauben-Strasse
No. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Jubiläumstr. 57/52
Vaterstadt-Bahnhof.
Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab 50 Pf. Im Theater-Saal täglich 8 Uhr abends Vortrage, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.
Nächstes die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticum.
Letzte Woche.
Affen-Theater
Heute drei Vorstellungen um 6 und 7 Uhr.

Castan's Panopticum.
Die beiden Pygmäen indischer die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Wettschwimmen.

Alexanderplatz-Theater.
Kleine Preise! Heute und die folgenden Tage: Eine pikante Ehe. Berliner Post mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Eugen Prudens. Anfang 8 Uhr. Morgen und die folgenden Tage: Diefelbe Vorstellung.
Wons, auch die in anderen Städten ausgegeben sind, behalten ihre Gültigkeit.
Nächstes Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen Preisen: Kinder-Vorstellung. Wittels sind ohne Vorbestellgebühr schon drei Tage vorher an der Theaterkasse zu haben. **Sonntags 11-1 Uhr** und abends von 7 1/2 Uhr an.

Kaufmann's Variété.
Königsfrage — Kolonnen.
Das hochkomische **Februar-Programm!**
Tom Belling.
Black and White.
Brothers Atlessy.
Eddi Blum.
Patty.
Geschwister D'Elvert.
Helene und Emilon.
Geschwister Corelly.
25 Clite-Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Notiz! **Benuchs** für **Eddi Blum**. **Passo-partouts** haben diesen Tag keine Gültigkeit.

Berliner Possen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Königgraben).
Direktion: Joseph Wisinger und Leonhardy Hadel.
Abendstück punkt 10 Uhr:
Novität! Novität!
Baruch und Sohn.
Aufführungsdarstellung mit Gesang von Max Denn und Leonhardy Hadel.
Bernhard Wilhelm, der beste Original-Humorist. **Kes Solles**, Concentric-Quett. **W. Wisinger**, Konzentrierer. **John u. James**, Musical. **Clowns**. **Max Walden**, Karrikatur. **Adolphi-Zollé**, der beliebteste Komiker.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Entrée 30 Pf. Die Direktion.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (Alte Postgasse).
Annenstr. 42/43.
Hr. Leiter: Kapellm. Martin Stein.
Neue Künstler.
Mächtliches Abenteuer.
Anfang: Sonntag 6 Uhr, Montag 8 Uhr
Freitagen in der Woche gültig.
Entrée 30 Pf. Die Direktion.

Feen-Palast, Burg
Direktion **Winkler & Fröbel.**
Präzise 9 Uhr:
Die mit jubelndem Beifall aufgenommene Sensations-Poffe
Eine tolle Nacht.
Hauptrollen:
Rich. Winter u. Wilhelm Fröbel.
Dazu das einzig allein dastehende unibertreffliche
Februar-Programm.
Auch Spezialitäten ersten Ranges.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. bis 1,50 M.

Concordia Variété-Theater
Brunnenstr. 154.
Täglich: **Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Das beste Programm d. Nordens.
Neu! Troupe **Richard** (1 Frau, 1 Dame, 1 Kind) Akrobaten.
Neu! **Kathi Richter**, **Lyolienne**.
Neu! **Long and little Adolphi**, Tanzduettisten.
Neu! Ein geplagter Dichter.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr.
Umtausch: **Wittels** haben Gültigkeit.

Apollo-Theater.
Spaniens berühmteste Tänzerin
Carmencita
Das englische Schönheits-Orchester
Fünf Corrijons.
Der Kinetograph
mit dem Sensationsbilde
Endlich allein!
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 97.
Novität! Novität! Novität!
Das tanzende Berlin.
Zum vorherigen Saal täglich:
Künstler-Fest-Konzert.
Anfang: Entrée:
Wochentags 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.

Musikantomat
an saunend billig [1026L*]
G. Schubert & Co.
Berlin SW. Beuthstr. 17. I. (KleinGaden.)

Restoration Umstände halber
billig sofort ver-
käuflich. **Wegener**. 28. 3b

Für 36 Mark
feinste Angize nach Raach. Für 30 M.
H. Sommer-Paletot nach Raach. Für
8-12 M. feinste Hosen nach Raach.
Gebrück-Anzüge zu billigen Preisen.
Groß-Stockinger. 1057*
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Achtung! Vereine!
Achtung!
Für bevorstehenden Saison fällt
sich der Tanzlehrerverein „Solidarität“
den wertigen Genossenschaften und Vereinen
besonders bestens empfohlen. 200 I.
Schreibungen bitte im Vereinslokal
Krausenstr. 14, sowie an den Unter-
zeichneten zu richten.
J. A.: **Richard Hartmann**, Bor-
schönhauser Allee 63.
R. Scheere, Blumen-
str. 28.
Gr. Vereinszimmer frei Dienstag
und Freitag.
Konarienkoller, Garzer f. Weibchen
verk. bill. **Wolffmann**, Reichstr. 4, b. IV.
Beiten, prachtvoller Stand, sofort,
20 M. **Reichenbergerstr. 6, v. I. I.**
Photographie, 12 St. 4 M. 2 Cabin.
gratis, **Zimmerstr. 56, Ernst Gerwig.**

Zentral-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler u. (Verwaltung B.)
Todes-Anzeige.
 Am 20. d. M., vormittags 7 1/2 Uhr, verschied unser Mitglied
Rudolf Lüders.
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobskirchhofes aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 181/5 Die Ordungsverwaltung.

Beerdigungs-Verein Berliner Zimmerleute.
 Am 19. d. M. verschied nach langem Leiden unser Kamerad, der Zimmerer Herr

Heinrich Schulz.
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Appelerstr. 5 aus nach dem Emmaus-Kirchhof in Briss statt.
 33735 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
 Allen Freunden u. Verwandten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Ernestine Hadebusch** geb. Wängner am 21. d. M., früh 6 Uhr, nach längerem schweren Leiden verschieden ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Richard Hadebusch nebst Tochter **Luise**.

Allen Freunden u. Verwandten die traurige Nachricht, daß unsere Tochter **Auguste Schlabale** am 21. d. M., früh 6 Uhr, plötzlich verschieden ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Schiner Weg 72 nach Hildesberg statt.
Familie Schlabale.

Danksagung.
 Für die liebevolle Theilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Verwandten, Bekannten, sowie dem Gesangsverein „**Martias**“ und der Kapelle Berlin der Bauarbeiter meinen herzlichsten Dank.
 33345
Wittwe Pauline Schröder.

Danksagung.
 Allen Freunden und Bekannten für die Theilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage meinen herzlichsten Dank.
 11006
Wwe. Fischer, geb. Wolf.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung Robert Meyer,
 No. 2, Mariannenstr. No. 2.
 Bildungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußen, Bouquets, sowie sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Blumenhandlung P. Abromeit,
 Berlin SW., Blücherstr. 11.
 Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc. Billigste (Wartthallen) Preise bei geschmackvoller Ausführung.
 Ich warne hiermit jeden, meiner Frau auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.
 Richard Wunde, Posten-Nr. 12.

Hackescher Markt 4, Ede Neue Promenade. J. Brünn Am Stadtbahnhof „Börse“.

Nach beendeter Inventur gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner

Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Fertige Wäsche! Leinentwaaren!

zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum

Ausverkauf!



Was bringt Mampé's Flaschenpost?

A. Schulz, Möbel- und Polsterwaarenfabrik

gegründet 1878. 197L

Reichenbergerstrasse No. 5, zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse.

Sehr großes Lager bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen in Nuthaus und Mahagoni von 240, 300, 400, 500, 600, 800 bis 10000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratenthell verantwortlich: Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag von Max Vading in Berlin.

Männer! Achtung! Frauen!
Große Volks-Versammlung
 am Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alie Jakobstraße 37.
 Tagesordnung: Die Schandthaten der spanischen Junta. Referenten Paul Petersdorf und Albert Weisheit.
 Die Agitationskommission der Berliner Anarchisten.
 33765

Partheigenossinnen u. Genossen des 6. Wahlkreises.
 Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, im Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünderstr. 42 (frü. 35):
Große Volks-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Buch über: Die Frau und die Politik. 2. Diskussion. 215/12
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen, besonders der Frauen ersucht
 Die Vertrauensperson der Frauen.

Sozialdemokrat. Verein „Vorwärts“ Berlin.
 Dienstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Gröndel, Brunnenstr. 188:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Darwinismus und Sozialismus. Referent Reichstags-Abgeordneter Dr. Lütgenau. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 274/12
 Große haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Zahlreichen Besuch erwartet
 Der Vorstand.

Achtung! Rixdorf. Achtung!
Partheigenossinnen und Genossen!
Grosse Volksversammlung
 Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, in den Victoria-Sälen, Hermannstr. 48-50.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Liebknecht über: Die Gleichberechtigung der Frau. 2. Wahl einer Kommission zur Gründung eines Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. 3. Diskussion. 215/13
 Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, ersucht um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen
 Die Einberuferin.

Handels-Hilfsarbeiter u. Antzler aller Branchen!
 Dienstag, den 23. Februar 1897, abends 9 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
Gr. öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Mitttheilungen. 2. Vortrag des Genossen Valde Manasse. 3. Diskussion. 4. Berichterstattung der Vertrauensleute. 5. Wahl einer Kommission zur Ueberwachung der Sonntagstrube. 6. Verschiedenes. 67/3
 Kollegen! Die Tagesordnung ist derartig wichtig, daß das Erscheinen jedes Einzelnen unbedingt notwendig ist.
 Die Vertrauensleute: Paul Sagerel, Johannes Hoffmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Branche der Parkettbodenleger.
 Dienstag, den 23. Februar 1897, abends 8 Uhr, bei Zubell, Lindenstraße 106:
Kommmissionsführung mit Vertrauensleuten.
 Die Kollegen der Firma Kampmeier und der Kollege Hans Weideder sind hierzu eingeladen. 81/8

„Armin-Hallen“ 10929*
 Festsäle. - Restaurant u. Garten. - Vereinszimmer.
 Zur bevorstehenden Saison empfehlen wir unsere gemauerten Räume zur Abhaltung von Sommerfesten u. s. w.
 Gebr. Hieltz.

Achtung!
Mitgl. d. Fachvereins der Klempner
 Berlin und Umgegend.
 Die am 17. Februar stattgehabene Generalversammlung des Vereins hat beschlossen, den Verein bis zum 1. März aufzulösen. Infolge dessen bitten wir die Mitglieder, welche gewillt sind, sich auch ferner gewerkschaftlich zu organisiren, bis dahin ihre Beiträge an den Verein zu entrichten. Es liegt dies im Interesse der Mitglieder, moralisch wie materiell, weil dadurch die Aufnahme in den Deutschen Verband unentgeltlich geschieht. Ferner bitten wir diejenigen Mitglieder, welche noch Verpflichtungen oder Forderungen an den obigen Verein haben, ihren Verpflichtungen bis dahin nachzukommen oder die berechtigten Forderungen geltend zu machen.
 J. A.: Die Liquidations-Kommission.
 Arno Winter, Boedstr. 11.
 89/7

Belle-Alliance-Theater.
Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.
 Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 3 Uhr:
 Zum letzten Male:
Das Käthchen von Heilbronn.
 Von Heinrich von Kleist. 230/4
 Käthchen: Wilhelma Wagner; Mutter von Strahl: Heinrich Frey; Knecht Ruprecht: Rich. Jürgas; Theobald: Wilh. Rasch. Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben.
 In Vorbereitung: Die Jungfrau von Orleans.

Verband der Sattler u. Tapezire
 Sonnabend, den 27. Februar 1897:
Großer Wiener Maskenball
 in den Geläumträumen der Berl. Ressource, Kommandantenstr. 57.
 Billets à 50 Pf. sind zu haben in den Krankenkassen-Lokalen, im Arbeitsnachweis sowie bei allen bekannten Kollegen. 156/18
 Anfang 9 Uhr. J. A.: E. Schulte, Annenstr. 26, 2 Tr.

Kösliner Hof, Köslinerstrasse 8.
 Sonntag, den 27. Februar 1897:
L. Stiftungsfest 33726
 des Leje- und Distriktsclubs Friedrich Engels (Norden).
 Unter gütiger Mitwirkung des Arbeiter-Gesangsvereins Nord und des Gemischten Chors Philomela (Mitgl. des Arbeiter-Sängerbundes).
 Großes Auftreten der Gesellschaft **Stralewin**.
 Nach der Vorstellung: **Großer Ball.**
 Billets à 25 Pf. sind in allen mit Plakaten belegenen Stellen zu haben. NB. Von Mittwoch, den 24. d. M., finden unsere Diskussionsstunden bei Kissen, Poststr. 34, statt.
 Der Vorstand.

Streng reelle Bedienung.
M. Schulmeister
 Schneidermeister,
 Dresdenerstrasse 4, Kottbuser Thor,
 empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:
 in Satin, Diagonal, Rammgarn 12-27
Einfegnungs-Anzüge u. Cheviot 1 u. 2reihig von 12-27
Frühjahrs- u. Sommerpaletots in guten Rammgarn, Satin und Cheviot-Stoffen 13-30-33
Jaquet-Anzüge in guten, haltbaren Jacontstoffen, 1- und 2reihig 16-24
Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal, Rammgarn, Satin, u. Cheviot-Stoffen, 1- und 2reihig 18-35
Sacco-Anzüge modernster Farben in Satin u. Cheviot-Stoffen, eleg. Ausfühg. 20-36
Kock-Anzüge in guten, wollen, schwarz Rammgarn u. Satinstoffen, modern. Jacoens 25-38
Kock-Anzüge modernster Farben, elegante Schnitt-Jacoens 30-42
Behrod-Anzüge von feinem Satin, Tuch u. Rammgarn-Stoffen, 2reihig 30-45
Sport- u. Radfahrer-Anzüge in nur guten haltbaren Loden-, Cheviot- und Zwirnstoffen.
Havelock, Staub- u. Reijemäntel zu den billigsten Preisen.
Maschinen-Anzüge in allen Größen. . . von 3 M. an.
Beinkleider in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen u. Cheviot von 5-10
Knaben-Paletots, Reijame Jacoens in großer Auswahl.
Knaben-Anzüge in Cheviot, Belour- und dauerhaften u. Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig, von 5 M. an.
Schul-Anzüge in Cheviot, Belour- und dauerhaften u. Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig, von 5 M. an.
 Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.
 Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.
 Begründung des Geschäfts 1878.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, sozialistischer Redner, sozialistischer Arbeiter, sozialistischer Frauen, sozialistischer Kinder, sozialistischer Familien u. dgl., sowie jede Drehschneiderei u. Repar. (Man verl. Preisverantw.)

Direct von Aachen!

weltberühmt durch elegante u. reelle Tuche, versenden wir zu - anerkannt niedrigen Preisen - Herren-Anzug- und Paletotstoffe vom einfachsten bis zum elegantesten. Vorzügliche Musterauswahl franco an Jedermann! Zahllose Empfehlungen aus allen Kreisen beweisen unsere Reliabilität!

Monopol-Cheviot uns. bekannte Spezialität, kosten 3/4 Met. schwarz, blau od. braun zu einem godig. Anzug 10 M.
 Anerkennungs-schreiben u. Nachbestellungen tagl. an: **Wilkes & Cie, Tuchindustrie, Aachen No. A. 78.**
 Bitten genau zu adressiren.

6 Pfund Brot für 50 Pfg.
 liefert **Albrecht's Bäckerei,** Goldensteinstr. 28, Langestr. 26, Drangelstr. 8, Sauerstr. 2.

Sophastoffe
 auch in **Reise** in Nips, Damast, Crèpe, Phantastie, Gobelins und Plüsch (prottblig)!
Proben franco!
 in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Läuferstoffe
Emil Lefèvre, Craniestr. 158.
Künstliche Zähne.
 H. Steffens, Nollentplatz 61, 2 Tr. Teilzahlung pr. Woche 1 M.

Waschgarderobe.
 Größte Auswahl, Billigste Preise, Vereinfachte Bedienung.
Fr. Panknin, Craniestr. Nr. 178, Adalbertstr. 91, Ede Craniestr. 91.

Waschen - Garderobe.
 Große Auswahl, bill. Preise, Vereinfachte Bedienung, 33706
 Gebotus, Margrafenstr. 9.

Achtung! Achtung!
 Künstliche Zähne von 3 M. an, Thell. wochentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnreihen, Zahnreinigung, Zahnabdrücken bei Bestellung umsonst.
Guckel, Kaufhofplatz 3, Elbasserstr. 12, Steglitzerstr. 71 L.

Mamjells
 auf gute Damen-Haare, welche eingearbeitet sind, zum Preise von M. 3.00, 3.20, 3.50, 3.75 sowie 25 Pf. Herbeibehaltung von Haaren, werden sofort verlangt für die geäußerten hellen Perlstrich-Verfahren von 33118
M. Holz & Co., Margrafenstr. 43-44, am Gendarmen-Platz.

Stellmacher!
 Unter Arbeitsnachweis befindet sich Götterstr. 9. Die Arbeitsausgabe findet morgens 8-10 Uhr unentgeltlich statt. 32445
 Die Kommission.

Lanolinseife!
 macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefert ich f. 10 Pf. v. Woche.
Neue Königsstr. 17.
 Fernsprech-Nr. VII. Nr. 2087.

Uhren u. Goldwaaren
Georg Wagner
 Uhrmacher
 Skalltzerstr. 126.
 Reparaturen.

Gardinen-Rester-Ausverkauf!
 älterer Muster in weiß und crème zu 1-4 Fenstern passend, prottblig in dem Gardinenfabrik-Lager
Berlin O., Gräner Weg Nr. 80
 part. Eing. vom Hür (kein Laden).
 Neubeiten treffen täglich ein.

Rohtabak
 Größte Auswahl! Billigste Preise! Güter Brand! Prottbligste Qualität!
Zämmliche
Fabrikations-Utensilien.
 (Neue Formen, sehr gr. Ausw. à 1.40 M.) Man verlange Preis-Verzeichn. 10683*
Heinrich Franck,
 Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185.

Gr. Möbel-Ausverkauf.
 wegen Umzugs des Möbelpfeifers Kollentalerstr. 13. Um die ganz bedeutenden Transportkosten zu ersparen, verkaufe ich mein gesamtes Warenlager zu jedem annehmbaren Preise. Zum Umzuge u. für Brautleute ist somit Gelegenheit gegeben, ganz besonders billige einzukaufen. Gehen viele einfache, mittlere u. hochlegante Einrichtungen am Lager, welche euent. an Freunde u. unter künftigen Bedingungen verlichen werden. Verziehen gemessen u. gebrauchte Möbel zu billigen Preisen. 3. B.: Kleiderstühle 16, 22, 28-100, Kommoden 10-30 M., Küchenschränke 15-75, Stühle 2-12, Bettstellen in Sprungfedermatratzen 18, 22, 28, 35-100, Truhen 10, 20-120, Buffet, Schrankenschränke, elegante echt Nord.-Amerikanische 10, 20-100 M., Kaminherde 20, 25, 30 M., Spiegel in allen Größen und Arten, Kristall-Teelichter, Sophas 18, 25, 30 M., 16. Gg. Tapeten u. Farben, Verhänge, vier große Möbel-Lagerräume. Einrichtungen auch auf Teilzahlung, Beamtens ohne Anzahlung. Gestaufte Möbel können beliebig. Bei neuen Möbeln u. werb. durch eig. Gespanne laubere transportirt u. l. der Wohnung aufgestellt.

Sophakoff = Neue
 zu Bezügen und reichend, in Phantastie, Gobelins, Damast, Crèpe, Gobelins, Moquette und Plüsch, sowie Zetteltaschen prottblig.

J. Adler,
 Teppich-Haus,
 Spandauerstr. 30,
 vis-à-vis dem Rathhause.
 Illustrierte Preislisten gratis u. franko.
Laden
 f. Herrngarderobe, beste Lage, Gebaud, zu verm. Holzmarktstr. 19. 3365
 Schlafstelle, sep. Eingang, vermietet bei Wm. Ander, Köchestr. 21. 49
 Schlafstelle f. 2 Herren Monteuellstr. 62, 3 Tr. d. Frau Heimann. 29

Arbeitsmarkt.
 Achtung, Metallarbeiter!
 Der Ausstand bei der Firma **Zimmermann & Buchloh** ist beendet. Die Sperre ist aufgehoben. 112/8
 Der Vorstand des Verbandes aller in d. Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlin und Umgegend.

Barod. Bergarbeiterinnen werden verlangt bei **Neumann, Hennig & Co.,** SO, Zeughofstr. 21. 33806*
Bergarbeiter auf Braungrubenbetrieben verlangt **Rastanien-Allee 54.** 33799
 Einen Lehrling gegen Gehalt verlangt **Klempner, Gas- und Wasseranlage Reichenbergerstr. 10.** 59

Tüchtige Kunstschmiede
 werden für dauernde Beschäftigung gesucht. Persönliche Meldungen mit Zeugnissen Dienstag und Mittwoch zwischen 11 u. 1 Uhr im „Grünen Baum“, Craniestr. 56.
 Anmeldungen auf gute Krassen mit Futter. Grün, Kronenstr. 35. 18296b